

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

265 (13.11.1922)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 2,50 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 2,85 M.; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruhern Ablagen abgeholt 2,15 M. monatlich. Einzelnummern 10 M. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonialsache 22.-M., auswärts 27.-M., Die Kolonialsache 80.-M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Zur Regierungskrise

#### Große Koalition oder „Minderheitskabinett“ ohne Sozialdemokratie

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die im Laufe des Samstag von Reichskanzler mit den einzelnen Parteivertretern geführten Verhandlungen über eine Umbildung der Regierung haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Nach wie vor ist die Situation äußerst unklar, und es ist anzunehmen, daß vor dem Zusammentritt der einzelnen Reichstagsfraktionen am Montag nachmittag eine Klärung der Situation nicht erfolgt. Die Vertreter der Sozialdemokratie, die wie die übrigen Parteivertreter am Samstag von dem Reichskanzler einzeln empfangen wurden, haben Dr. Wirth seinen Zweifel darüber gelassen, daß nach ihrer Auffassung ein gemeinsames Programm mit der Volkspartei und damit die große Koalition unmöglich ist. Alle Äußerungen über die Neubildung des Reichsministeriums, dessen gegenwärtiger Leiter Genosse Robert Schmidt von der Sozialdemokratie nicht preisgegeben werden wird, erliegen sich damit von selbst. Mit der Behebung des Reichsministeriums durch einen Reichminister oder sonstigen Aenderung in der Besetzung einzelner Ministerien ist die Sozialdemokratie einverstanden, soweit Personen hierfür in Frage kommen, die die Gewähr für ein gemeinsames Arbeiten bieten.

Nach der Aussprache des Reichskanzlers mit den sozialdemokratischen Vertretern wurden die Demokraten und später die Volksparteier empfangen. Allen Anschein nach haben die Demokraten sich der Volkspartei gegenüber für die große Koalition bereits stark festgelegt und ihnen insbesondere ihre Kampfgemeinschaft für die Inbetriebnahme des Außen- und Wirtschaftsministeriums zugesichert. Antizipations lautet die Fragestellung für die im gegenwärtigen Augenblick: Große Koalition oder „Minderheitskabinett“ ohne Sozialdemokratie. Um eine vorläufige Klärung zu erreichen, haben die Demokraten am Samstag unter Aufwendung aller Ueberredungskünste versucht, den Kanzler zu einem Gesamtrücktritt des Kabinetts zu veranlassen. Sie erwarteten davon die schnellste Verantwortung ihrer Fragestellung und glauben bestimmt, daß die Sozialdemokratie einem „Minderheitskabinett“ „Genüge bei Fuß“ gegenübersteht wird. Jedemfalls ist sicher, daß eine Minderheitsregierung von der sozialdemokratischen Fraktion kein Vertrauensvotum im Reichstag erhalten wird.

Die Deutsche Volkspartei hat in den demokratischen Vertretern, die die gegenwärtigen Verhandlungen führen, für ihre Absichten gute Rücklage gefunden. Ihre Zurückhaltung ist deshalb im Augenblick verständlich.

Nach der Haltung der bürgerlichen Parteien im Verlauf der bisherigen Beratungen ist wahrscheinlich, daß die Entscheidung über eine Umbildung am Montag in der Zentrumskammer fällt. Reichskanzler Dr. Wirth beabsichtigt, die Entscheidung seiner Fraktion abzuwarten, ehe er zu irgendwelchen Handlungen schreitet. Alle Meldungen über die Neubildung irgendwelcher Ministerien beruhen bis dahin also lediglich auf Kombinationen.

Berlin, 13. Nov. (Privattelegramm.) Am gestrigen Sonntag hat im Reichstag von den Parteiführern eingeleitete Verhandlungen zur Aufstellung eines wirtschaftspolitischen Programms stattgefunden. Nach einer Sitzung der „Montagspost“ soll es dabei gelungen sein, alle im Ausschuss vertretenen fünf Parteien — außer den Reichstagsfraktionen der Deutschen Volkspartei und der Bayerische Volkspartei — auf gewisse einheitliche Leitätze zu einigen.

Die „Montagspost“ und der „Berliner Kol. Anz.“ melden, daß die Umbildung des Kabinetts voraussichtlich vor Dienstag nicht beendet sein werde und daß der Reichskanzler insolge dessen keine für morgen angekündigte Rede im Reichstag nicht halten werde. Für den heutigen Montag haben alle Parteien Fraktionsführungen zur Beratung der Frage der Regierungsumbildung anberaumt. Am der Zentrumskammer wird laut „Montagspost“ Reichskanzler Dr. Wirth selbst über seine Politik sprechen.

Nach während der Anwesenheit der Reparationskommission in Berlin haben maßgebende industriell orientierte Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei versucht, ihre Interessen gegen das Kabinett Wirth auf dem Umweg über das Ausland zu verwirklichen, und es wird erst heute recht klar, welche Unterlagen zu den pessimistischen Pariser Mel-

dungen von einer kommenden Regierungskrise benutzt wurden. Inzwischen haben die Intriganten gute Helfershelfer in den Demokraten gefunden, sie können sich die Kosten für die Anwendung ihrer Intrigen durch das Ausland ersparen! Das Kabinett Wirth wackelt — dank der abermaligen Inkonsequenz der deutsch-demokratischen Führerschaft!

Die Sozialdemokratie hat nie einen Sehl daraus gemacht, daß sie eine Koalition mit der Volkspartei für schwer möglich hält und sie wurde erst während der Verhandlungen der Reparationskommission und nach deren Breiße in dieser Auffassung bestärkt. Trotz des Ernstes der Situation redete Herr Stinnes im Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichstagsrats gegen die von der Regierung in Voranschlag gebrachten Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark und trotz der Mitwirkungen, die diese landesväterische Rede haben kann, scheute sich ein großer Teil der volksparteilichen Presse und ebenso der Fraktionsmitglieder der Volkspartei nicht, Herrn Stinnes öffentlich Weisfall zu zollen. Und unter diesen Umständen soll zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei ein gemeinsames Wirtschaftsprogramm möglich sein? Wir verneinen das und damit verneinen wir ein für allemal jetzt den Eintritt in die große Koalition. Nach wie vor aber sind wir für eine Ergänzung der Regierung. Wir sind einverstanden mit der Behebung des einen oder anderen Ministeriums durch Reichminister, soweit Personen hierfür in Frage kommen, die die Gewähr für ein gemeinsames Zusammenarbeiten bieten. Noch mehr: wir sind nicht nur einverstanden, sondern wir halten es schon in Anbetracht der starken Ueberlastung des Kanzlers und der Notwendigkeit, die sich bei ihm gerade in letzter Zeit überaus stark bemerkbar macht, für unbedingt notwendig, daß ihm die schwere Bürde des Außenministeriums abgenommen wird und daß das Außenministerium, wenn möglich, schnellstens durch eine Persönlichkeit besetzt wird, die Gewähr bietet für die Fortsetzung der bisherigen Politik. Nichts liegt uns ferner, als mit Nachdruck die Behebung der noch freien Ministerien mit Sozialdemokraten zu verlangen. Um so entschiedener oder wehren wir uns gegen eine Behebung mit ausgebrochenen Volksparteilern. Das ist die Auffassung der Sozialdemokratie, nach der die bürgerlichen Parteien ihre Zustimmung einstellen müssen. Sie irren, wenn sie glauben, die Partei durch einen Rücktritt des Gesamtkabinetts zur Behebung ihrer Stellungnahme veranlassen zu können, und sie sind sehr auf dem Solwege, wenn sie die „feste“ Vermutung hegen, für ein Minderheitskabinett, also eine Regierung aus Volkspartei, Zentrum und Demokraten ohne Sozialdemokraten, das Vertrauen unserer Reichstagsfraktion zu erhalten. Eine Regierung ohne Sozialdemokratie muß sich schon die Erlaubnis zum Regieren auf der anderen Seite holen. Welchen Eindruck das im Volke machen wird, und welche Folgewirkungen sich daraus ergeben können, das zu überlegen, überlassen wir vorläufig der bürgerlichen Demokratie, die scheinbar unbefriedigt ist, wenn nicht bei jeder Wiedereröffnung des Reichstags eine Krise in Szene gesetzt wird, wenn nicht vor Vertagung des Parlamentes der Versuch gemacht worden ist, das Experiment der großen Koalition zu verwirklichen.

Augenblicklich ist noch nicht abzusehen, welche Entwicklung die finstlich in Szene gesetzte Krise nehmen wird. Aber: soviel ist sicher: die Sozialdemokratie ist immer bereit gewesen, der Not des Vaterlandes Rechnung zu tragen und sie ist auch heute bereit, weiter die schwere Last des Regierens zu tragen. Aber sie hält es nicht für vereinbar mit den Interessen des Landes, eine Regierung zu bilden, die nur auf Kosten des arbeitenden Volkes regiert, alle Reparationslasten auf das werktätige Volk abwälzt und die schließlich aus außenpolitischen Gründen auf die Dauer untragbar ist.

In anderen Orten schätzungsweise 200 Menschen ums Leben gekommen. 400 Personen wurden verletzt.

Am Samstag morgen 5.45 Uhr begannen die Seismographen des Instituts der Deutschen Erdbebenwarte mit der Aufzeichnung eines heftigen Erdbebens. Die Maximalbewegung erfolgte um 147 Uhr. Die Schwingungen des Pendels dauerten 1,5 gegen 9 Uhr. Auch die Landessternwarte auf dem Königstuhl berichtet über das außerordentlich starke Fernbeben und teilt mit, daß ein so starkes Erdbeben seit langer Zeit nicht mehr beobachtet worden sei. Es hatte die Stärke des Katastrophenebens von Messina, das sich im Dezember 1908 ereignete.

### Vom Staatsgerichtshof

SPD. Berlin, 11. Nov. Am Tage des Raubmordes wurde dem Abg. Velferich im Reichstag bekanntlich von einem gewissen Fleisch ein Blumenstrauß überreicht. Fleisch wurde verkauft, aber bald wieder auf freien Fuß gesetzt. Seitdem ist er unangetastet bemüht gewesen, mit rechtsradikalen Kreisen Verbindungen aufzunehmen und von sich reden zu machen. Unter dem Verdacht der Wehrdienstverweigerung ist er jetzt in Berlin auf dem Anhalter Bahnhof erneut verhaftet worden.

Der Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofs hat es abgesehen, einen Haftbefehl gegen den Politik-Mentzer Rothbach auszusprechen, jedoch er von der Berliner Polizei wieder auf freien Fuß gesetzt werden mußte.

### Das blutige Meer

Die bevorstehende Orientkonferenz in Lausanne soll nach Meinung von Optimisten die türkische Frage regeln. Sie wird das ebensowenig tun wie der Vertrag von Sevres, sie wird vor allem deshalb nicht reine Bahn schaffen können, weil hinter der türkischen Frage nicht nur die des Islam, sondern in den letzten Tagen die des Mittelmeeres aufgetaucht ist. Rußland meldet seine Dardanellenwünsche an, die Araber in Syrien regen sich in einer Weise, daß Frankreich vor seiner Türkenfreundschaft Angst wird. Das neueste Moment ist das Wiederaufbrechen der Rivalität der europäischen Mächte um Herrschaft und Einfluß im Mittelmeer infolge des faszistischen außenpolitischen Programms. Italien, das faszistisch-nationalistische, beunruhigt die französischen Orientalisten mit dem Aufbruch nach Tunis. Mit dieser Haltung gegenüber Frankreich wird Italien notwendigerweise auch Spaniens Wünsche bezüglich der Stellung der großen spanischen Kolonisationsgebiete in Französisch-Magier neu erwachen lassen. Nicht mehr handelt es sich um Dardanellen und höchstensfalls östliches Mittelmeer, das ganze Mittelmeergebiet beginnt friedensbedrohendes Problem zu werden, alle Gegenüberlichkeiten in der Mittelmeerpolitik der europäischen Staaten fließen aufs neue auseinander. Es wäre nicht das erste Mal, daß um das Mittelmeer und seine Küsten Europa geschleudert wurde, es wäre vor allen Dingen nicht das erste Mal, daß um das Mittelmeer und seine Küsten Blut, europäisches Blut fließt. Denn so alter Kulturboden die Mittelmeerländer sind, so alter Kampfbofen sind sie auch und wenn für ein Meer der Titel „blutig“ zuträfe, so auf das mitteländische. Das Zusammenreffen der verschiedenen Völker und Kulturkreise hat sich in verheerenden Expeditionen und Kämpfen geäußert, das Mittelmeer in der Weltgeschichte zum ersten Tage an mit Blut geschrieben.

Nischen wir zurück.

Am Anfang der Mittelmeergeschichte steht Ägypten mit seinen inneren Dynastien kämpfen, mit seiner Unterjochung der Änder und anderer Völker. Das östliche Mittelmeer trinkt das Blut griechischer Kaufleute, die von den an der Küste Balatins und Syriens nistenden Phönizern gekapert werden. Bald beginnt auch der erste Kampf um die Dardanellen: Die Perier erringen sich den Dardanellen- oder Hellespont-Uebergang, um die Griechen in ihrer Heimat unterjochen zu können, wie sie es seit den griechischen Siedlungen an der Küste Kleinasiens getan. Schlachten in Griechenland; die Seeschlacht bei Salamis endet mit der Niederlage der persischen Flotte. Ein rundes Jahrhundert später der umgekehrte Eroberungszug: Alexander der Große von Makedonien zieht über die Dardanellen, erobert das altersschwache Persien, Affrien, gelangt bis an die Grenze Indiens, macht sich zum Herrn Ägyptens.

Inzwischen aber ist einem anderen Volk sein Land zu ena geworden, haben sich auf der Scheidelinie zwischen Ost- und Westbecken des Mittelmeeres zwei Staaten gebildet: Rom und Karthago. Rom, von griechischer Kultur gezeugt, erlebt bald dasselbe Schicksal, unter dem Italien bis auf den heutigen Tag leidet, das gebräugte, schmale Land kann seine Bewohner nicht ernähren, die Bevölkerung geht über das Meer, als Siedler und Eroberer. Trifft auf seinem Ausdehnungszug mit Spaniern, Galliern, Ureinwohnern an der Küste des mitteländischen Meeres zusammen, muß um die Herrschaft über das Meer mit Griechen und Karthagern ringen. Es siegt, das Weltreich, besser Mittelmeerreich Rom entsteht, mit Blut und Gewalt herrschend, bis es, innerlich vermorrend durch seine Unmöglichkeit, die soziale Frage zu lösen, gesunderen, wenn auch unkultivierten Völkern weichen muß, den von Norden einbrechenden Germanen. Sein Abstieg ist begleitet auf dem Mittelmeer vom blutigsten, grausamsten Zerwürfretreiben, von Kämpfen in Byzanz-Konstantinopel, Italien, der Balkan, Spanien, Tunis brennt. Vorübergehend setzen sich hier und dort germanische Stämme fest, die Kulturhöhe der Antike vermögen sie nicht am Leben zu erhalten, zerplittert, werden sie überunden von den einheimischen Völkern, Italienern, Arabern. Die Länder des östlichen Mittelmeeres schleppen einen lähmenden Despotismus, eine wirtschaftliche Stagnation mit sich bis zum Einbruch der Türken und dem Aufkommen des Islam. Das Meer selbst ist Tummelplatz der Raubflotten von Seekrieg und Plünderung lebender Völker, der Sarazenen, der Bandalen, Dalmatiner.

Der Zusammenstoß zwischen Abendland und Morgenland am mitteländischen Meer mußte kommen, als Europa zu einer neuen wirtschaftlichen und politischen Form, dem Feudalismus gelangt war und an der Nordküste Afrikas die Araber im Islam eine ideelle Zusammenfassung und Bestätigung ihres sie zum Norden hinweisenden wirtschaftlichen und politischen Ausdehnungsdranges fanden. An zwei Stellen, an den Dardanellen die Türken, bei Gibraltar die Araber, ging der Orient handfand und kämpfend nach Europa hinüber. Jahrhunderte-

### Von der Reparationskommission

SPD. Paris, 12. Nov. Die Reparationskommission ist gestern nachmittag mit dem Warschauer Schnellzug in Paris eingetroffen. Die belgischen Delegierten Delacroix und Demelens hatten bereits in Lüttich den Zug verlassen. Sie besaßen sich nach Brüssel, um sich mit der Regierung zu besprechen. Nach dem „Temps“ findet die 1. Sitzung am Montag nachm. statt. Es werde über den deutschen Vorschlag und das Ergebnis der Verhandlungen in Berlin betr. der deutschen Finanzlage berichtet werden.

Ministerpräsident Poincaré hat gestern vormittags Paris verlassen, den Vorsitzenden der Reparationskommission, und darauf den deutschen Vorkämpfer Dr. Mayer empfangen.

### Großes Erdbeben in Chile

Rabeau 1000 Menschenopfer

SPD. Paris, 12. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Neuwoel sind durch ein Erdbeben in Santiago de Chile in Coquimbo 600 Häuser zerstört worden. Das Zentrum des Erdbebens liegt zwischen Serena und Coquimbo. Während des Bebens ist das Meer etwa 200 Meter landeinwärts vorgedrungen und hat in den Küstengebieten Coquimbo, Atisagafaja und Caldera großen Schaden angerichtet.

SPD. London, 12. Nov. Wie Reuters aus Santiago de Chile meldet, sind bei dem Erdbeben in Coquimbo 500, in Copiapo und

lang sahen Mauren als Herren in Südspanien und beherrschten damit das westliche Becken des Mittelmeeres, im Ostbecken tritten sich Kreuzfahrer, italienische Hafenstaaten wie Venedig, Genua mit Byzanz und später den Türken in blutigen Seesgefechten um das Recht auf Handelsherrschaft.

Die Entdeckung Amerikas und des Seeweges um Südafrika nach Indien ließ für die nord- und westeuropäischen Staaten das Mittelmeer teilweise in den Hintergrund treten. Aber von Osten drängte das erhabende russische Riesengebiet nach den Dardanellen als freiem Tor zum Mittelmeer. Die Kämpfe zwischen Spanien und Marokko, Algier, Tunis brachen auch nicht ab, als die arabische Herrschaft in Spanien endgültig zusammengebrochen war. Ein „Kreuzzug“ eines französischen Königs gegen Tunis führte zu nichts als daß französisches Blut nutzlos vor Tunis floß.

Das neunzehnte Jahrhundert sah an den Mittelmeerrändern englisch-französische, russisch-türkische Interessen vielfach aufeinanderdrallen, Italien und die Balkanstaaten bauten sich neu und selbständig auf und machten ihre Ansprüche. Durch das ganze Jahrhundert zogen sich russisch-türkische Kämpfe um die Dardanellen und die Balkanstaaten bauten sich neu und selbständig auf und machten ihre Ansprüche. Durch das ganze Jahrhundert zogen sich russisch-türkische Kämpfe um die Dardanellen und die Balkanstaaten bauten sich neu und selbständig auf und machten ihre Ansprüche.

Das neunzehnte Jahrhundert sah an den Mittelmeerrändern englisch-französische, russisch-türkische Interessen vielfach aufeinanderdrallen, Italien und die Balkanstaaten bauten sich neu und selbständig auf und machten ihre Ansprüche. Durch das ganze Jahrhundert zogen sich russisch-türkische Kämpfe um die Dardanellen und die Balkanstaaten bauten sich neu und selbständig auf und machten ihre Ansprüche.

Diese „Interessen“ sind nun heute wieder als je, werden von dem jetzt dem Kriege als gleichberechtigte Entente-macht sich fühlenden Italien vor allem betont. Von dem überaus wichtigen Hafen von Tanger an, der in Folge der Rivalität Englands, Frankreichs und Spaniens unter internationaler Verwaltung steht, bis nach Palästina, für das sogar Amerika auf Druck einer jüdischen Gruppe hin „Interesse“ zeigt, gibt es eine Kette von Reibungspunkten, die leicht ein europäisches Kolonialfeuerschiff entzünden können. Frankreich ist nicht imstande, seine nordafrikanischen Besitzungen selbst zu besiedeln, so leben in Algerien fast ebensoviele Spanier als Franzosen, in Tunis doppelt soviel Italiener als jene, wobei noch zu bedenken ist, daß Frankreich als „Franzosen“ alle Militärpersonen, auch die eingeborenen und fremden Legionäre, statistisch — zusammenzählt. Kolonialistische Arbeit leisteten die Italiener in Tunis unbedingt mehr als die Franzosen und gebrauchten könnte Italien Tunis gut als Siedlungsland für seinen Bevölkerungsüberschuß, es hätte also mehr moralische und wirtschaftliche Berechtigung auf Tunis, wenn — ja, wenn nicht ein vielfaches von unreinereisender Arbeiter- und Verberberbevölkerung in zum Teil elenden Verhältnissen da wäre. Die französische bürgerliche Presse weiß zwar viel von Frankreichs-Begeisterung dieser Afrikaner zu er-

zählen, diese „Begeisterung“ wird aber wohl dort am stärksten sein, wo am meisten französische Gendarmerie und Truppen vorhanden sind.

Konflikte liegen es in Ägypten. Ungeheuerlich hat dort England anerkanntswerte kolonialistische Arbeit geleistet, aber es steckt auch viel französisches, italienisches und anderes Kapital dort. Dazu reißt sich die eingeborene Bevölkerung. Wie stark diese Bewegung ist, läßt sich nicht übersehen, aber jedenfalls ist sie unruhe, Explosionsstoff. Was in Palästina und Syrien die Zukunft bringt, ist gleichfalls noch unübersehbar und klare, reibungslose Grenzen zwischen Armenien und der Türkei zu ziehen dürfte unmöglich sein. Dazu die Darbanellenfrage, in der Rußland, je stärker es ist, ein desto gewichtigeres Wort mitreden will und muß.

Man sieht, eine Kette von Reibungen, Interessenberührungen und Zusammenstößen, nicht ein — Problem, sondern eine Synthese von Problemen ist es, die ihr Haupt erhebt, wenn das Thema naher Orient und Mittelmeer auf die Tagesordnung kommt. Die internationale Arbeiterkammer muß wissen, daß ihre Quellen liegen, aus denen über Nacht Krieg und „Verdrängungsbedürfnisse“ entspringen können. Selbst wenn man den europäischen Staaten das Recht zugesieht, halbbarbarische Raidsstaaten, die sich der Weltwirtschaft entziehen wollen mit Gewalt in den Kreis der Zivilisation zu zwingen, dagegen sollte die europäische Arbeiterkammer sich stark für und gegen die imperialistische und Nationalistische der europäischen Staaten und die Konkurrenz einflussreicher Handels- und Industriegruppen in ihnen die Probleme auf die Spitze treibt, bis zu gegenwärtigen kriegerischen Aktionen. Deutschland steckt heutzutage nicht in dem „Grenzfeld“ Mittelmeerinteressen — es kann dessen trotz sein und sollte jeden Versuch ablehnen, sich mit hineinzuziehen zu lassen.

### Deutsches Gend

Über das Gend, das in den volkreichen Bezirken Berlins herrscht, gibt die nachstehende Schilderung ein Bild. Der Bezirk, von dem die Rede ist, liegt im Norden Berlins und reicht etwa vom Rosenfelder Tor über die Schönhauser Allee bis zum Ringbahnhof Weissenhof. Er umfaßt etwa 320 000 Einwohner, die zum weitaus größten Teil den Kreisen des „arbeitenden Standes“ angehören. Der einmal eine Stunde in der Wohnsitzstelle jenes Bezirks zuweilen hat, der wird die Bilder des Gend, das sich dort zusammenbringt, nicht leicht vergeffen. Ununterbrochen strömen Männer und Frauen, junge und alte, herbei, oft ihre Kinder an der Hand, um die öffentliche Plätze in Anspruch zu nehmen. Von den 320 000 Einwohnern des Bezirks wird gegenwärtig etwa ein Drittel bis ein Drittel vom Wohlfahrtsamt unterstellt.

In welcher Lage sich die Unterhaltungsbedürftigen befinden, geht am deutlichsten aus einer Statistik dieses Bezirks hervor. Danach beziehen dort etwa 3000 Unterhaltungsbedürftige, das heißt fast ausschließlich alte oder durch Krankheit, insbesondere Tuberkulose arbeitsunfähige Menschen gegenwärtig eine monatliche Unterstüzung von 250 M., 1200 Pflegeheimbewohner erhalten für die bei ihnen untergebrachten Kranken und unterernährten Kinder etwa 100 M., 1000 M. im Monat. 600 Kleinrentner von fast durchweg über 65 Jahren haben ein Einkommen von durchschnittlich 200 M. jährlich bei fast völliger Erwerbsunfähigkeit und Erwerbsunmöglichkeit. Etwa 5000 alte, arbeitsunfähige Sozialrentner dieses Bezirks beziehen eine Invalidrente, die jedoch nicht die Höhe der Sozialrenten aufweist. Dabei beträgt die Sozialrente 30 M., für Witwen 25 M., für Waisen 15 M. monatlich. 13 300 Hinterbliebene, das heißt Kriegserwitwen und Kriegserben, etwa 20 000 Kriegserben und etwa 800 Altersrentner, die alle Unterstüzung empfangen, enthält der vierte Bezirk. Dazu kommen noch die Erwerbslosen und die sogenannten Kurzweiser, das heißt diejenigen, die nur drei Tage in der Woche beschäftigt sind und somit nur halben Verdienst haben. Das entsehrliche Gend zeigt sich besonders auch bei der Schulungsfrage. Von den Schwestern jener Stelle des vierten Bezirks wurden 2. B. im August 1700 Säuglinge betreut. In allen diesen 1700 Familien wurde, wie man feststellte, das Existenzminimum nicht erreicht. Angesichts dieser Verhältnisse ist es in 800 Fällen freimilch, Waisenverpflegung oder Lebensmittel. In anderen 900 Familien konnten aus Mangel an Unterstüzungsmitteln nicht berücksichtigt werden.

### Hinter Pflug und Schraubstock

Skizzen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs  
von Max Eytz  
(Fortsetzung.)

Dies war eine geistliche Lage, wenn man berücksichtigt, daß es eine seiner ersten war. Der Gedanke an die seine Braut hatte sie ihm abgerungen. Sie wirkte wie ein leichter, angenehmer elektrischer Schlag.

„Pariser! Ausgezeichnet! Ganz vorzüglich!“ rief der Doktor. „Dies dürfte einen vorzüglichen Eindruck machen. Es ist mir leider selten gelungen, einen geborenen Franzosen dauernd an mein Institut zu fesseln. Einen geborenen Pariser dünne ich als Stern erster Größe bezeichnen. Lassen Sie ihre Zeugnisse nur in der Tasche: ich bin völlig befriedigt, Mosiu Stindl!“

„Ich habe allerdings darauf aufmerksam zu machen“, stotterte Mosiu Stindl, dessen deutsches, in einem waderen Kfarrenhaus gefärbtes Gewissen erwachte, „daß ich Paris schon ziemlich jung verließ.“

„Papperlapapp!“ — woher der Doktor das Wort hatte, ist unbekannt, er hielt es für französisch — „Sie sind noch recht ein junger Mann, Mosiu Stindl. Das geht uns nichts an. Ihr Pah ist nicht gefährlich, das steht man Ihnen sofort an.“

„Aber ich kam jung, ganz jung nach Deutschland!“ Schindler bestand eigenständig darauf, sich zu erklären.

„Nach Deutschland!“ rief der Doktor und machte die Gebärde des Fliegens, als ob er sich mit jugendlicher Leichtfertigkeit über all das wegzusetzen gedente. „Um so besser! Darauf komme ich noch zurück. Das ist wirklich ein ganz wunderbares Zusammenreffen glücklicher Umstände. — Was sind Ihre Bedingungen?“

Schindler war der bescheidenste Mensch der Welt. Trotzdem erwiderte sich die Miene des Herrn Doktors ein wenig.

„Um — hm!“ machte er und rieb sich sein fettes glattes Kinn heftig. „Ihrem Herrn Vorgänger hatte ich allerdings ein Drittel, ein volles Drittel weniger Gehalt zu bezahlen. Kost und Wohnung frei. Auch die Wäsche, beachten Sie wohl, auch die Wäsche. Da scheint mir doch die von Ihnen genannte Summe etwas hoch.“

„War mein Herr Vorgänger auch geborener Pariser?“ fragte Schindler, dem es an Galgenhumor nicht fehlte, wenn ihm das Wasser an die Kehle ging.

„Nein, das nicht“, gellend der Direktor, „wir konnten ihn in unsern Ansehn nur als hervorragenden Franzosen anführen, wenn wir streng bei der Wahrheit bleiben wollten; und wir blei-

ben grundsätzlich bei der Wahrheit, Mosiu Stindl, schon der uns anerkennenden Jugend wegen. Er war von Schaffhaus.“

„Aber Schaffhausen liegt nicht in Frankreich“, bemerkte der unerfährliche Schindler.

„Nicht? Was Sie sagen?“ rief der Doktor erstaunt. „Aun ja, wie dem auch sein möge; in anderer Beziehung war er um so mehr Franzose. Allerdings! Ich mußte mich von ihm trennen, weil es sich nach kurzer Zeit herausstellte, daß zwei lebende Bräute aus Deutschland auf sein Herz Anspruch erhoben. Dazu ist Derby zu sehen. Ich hoffe, Herr Stindler, daß Sie Gnadensätze haben. Ich sehe auf die strengste Arbeit, selbst bei meinem Professor der französischen Sprache.“

Schindler betrugte ihn mit der Bemerkung, daß er eine heilige geliebte Braut in Deutschland zurückgelassen habe.

„Das ist mir lieb; lassen Sie sie nur zurück“, meinte der Doktor. „Aun wissen Sie was: Geben Sie eine kleine Probeleistung. Das genügt und ist mehr wert als alle Zeugnisse. Ich werde mir erlauben, anweisend zu sein, und danach den Gehalt zu bestimmen, den ich Ihnen auszusprechen bereit bin.“

Er öffnete ohne weitere Umstände das Fenster und brüllte mit der Stimme eines Postenengels über den Spielplatz: „Die jungen Gentlemen der ersten Klasse sofort antreten! Französische Rektion!“

Schindler irrodete sich die Schweißtropfen von den Stirn, während das wilde Heer über die Treppen tobte und durch donnerähnliches Zuschlagen von Türen anbeutete, daß sich die jungen Gentlemen, tiefgestürzt durch die Unterbrechung ihres Spiels, verammelten. Nachdem etwas Ruhe eingeatmet war, betrat der Doktor, von Schindler gefolgt, das Schulzimmer. Der lehrere hing den Kopf wie ein Opferlamm, das zur Schlachtkamp geschleppt wird. Er hätte der hoffnungslosen Jugend lieber auf dem Kridelplatz noch einmal zur Hellschau kommen lassen.

Die Klasse bestand aus zehn großen, kräftigen Burken von fünfzehn Jahren mit roten, blühenden Gesichtern, alle noch leuchtend von den Anstrengungen des Spiels. Der Doktor gab Schindler ein Buch in die Hand und sagte feierlich: „Die jungen Herren lesen die schwereren Kapitel von Fenelons „Telemach“. Wollen Sie anfangen lassen?“

Schindler raffte sich auf. „Bitte“, stotterte er, das Buch aufs Geratewohl aufschlagend, „lesen Sie auf Seite 27 den ersten Abschnitt.“

Ein langer Junge begann mit durchdringender Stimme sie-geschwulst:

„Gwand ont à diu loach, ont weint abant diu laut.“

Der Doktor nickte befriedigt. Schindler fühlte sich gerettet: hier konnte er noch wirken. Er machte darauf aufmerksam, daß man neuerdings zu Paris nicht „Gwand“, sondern „courage“ zu

Von Zeit zu Zeit hatten die Schwestern des Wohlfahrtsamts den einzelnen Familien der Unterstüzungsempfänger Hausbesuche ab. Bei 1500 Hausbesuchen wurde festgestellt, daß ein Drittel der Familien kein Stroh Bettwäsche in der Wohnung hatte, ein Drittel besaß nur einmal Bettbezüge, das letzte Drittel hatte einen ganz geringen Wäschevorrat im Hause. Welche Folgen diese Mängel insbesondere für die Ausbreitung von Krankheiten hat, ist klar, und besonders, wenn noch Wohnungsnot und Mangel an frischer Luft in Anschlag gekehrt werden.

Anfolge dieser Verhältnisse ist es natürlich, daß die Patientenanstalt der mit dem Wohlfahrtsamt in Verbindung stehenden Bezirke einen außerordentlichen Umfang angenommen hat und ständig wächst. Eine Verdrängung in Gesundheitsheime ist aber jetzt meist nicht möglich, da alle Heimstätten und Heilanstalten überfüllt sind, und auf Monate hinaus keine Aussicht besteht, bedürftige Kranke dort unterzubringen. Bei den ärztlichen Untersuchungen im vierten Berliner Bezirk wurde festgestellt, daß von 450 Kleinrentnern, d. h. solchen im Alter zwischen zwei und sechs Jahren, neun Zehntel unterernährt waren.

Im vorigen Jahre und noch anfangs dieses Jahres war es dem Wohlfahrtsamt möglich, zur Linderung der Hungersnot den Bedürftigen wöchentlich regelmäßig zweimal Fleischmarken zuzulassen, worauf sie zwei Pfund Schweinefleisch zu billigen Preisen erhielten. Jetzt jedoch ist die Zahl der Bedürftigen außerordentlich gestiegen, andererseits die zur Verfügung stehenden Fleischmengen ganz erheblich zurückgegangen. Infolge dessen konnte in den letzten vier Wochen in jenem Bezirk überhaupt keine Fleischverteilung stattfinden, und es ist zu erwarten, daß sie auch in den nächsten Wochen nur ab und zu erfolgen kann. Die erste Fleischverteilung nach vier Wochen erfolgte wieder in den letzten Tagen, wo für 2000 Verarmte rund 80 Fleischmarken zur Verfügung standen. Angesichts der hier angeführten nackten Tatsachen bedarf es wohl keiner weiteren Beweise für die verarmte Lage, in der sich das deutsche Volk gegenwärtig befindet.

### Nach dem großen Konzilium

Wieder einmal haben sich die Bezirke um das Krankenlager Deutschlands versammelt. Die Reparationskommission hat in Berlin getagt, mit der deutschen Regierung Verhandlungen geführt und Schriftsätze ausgetauscht. Ausländische Sachverständige von internationalen Ruf haben ihre Gutachten abgegeben. Die Reparationskommission hat nun ihre Akten geschlossen und fährt nach Paris, um dort ihre Beschlüsse zu fassen.

Es ist nicht jedermanns Sache, sich mit den Fragen der Handelsbilanz, der Zahlungsbilanz, der Bilanzierung des Staats, der Schaffung werksfähiger Inlandsarbeiter, der technischen Operationen zur Stillung der Marz, kurz, mit dem ganzen unendlich verwickelten Währungsproblem (sachverständig) zu befassen.

Gelingen oder Mißlingen des Plans hängt vor allem von der Reparationskommission ab. Sie muß vor allem die Sicherheit dafür geben, daß Deutschland wenigstens in den nächsten zwei Jahren nicht mehr mit Barleistungen belastet werden wird und daß man auch nicht mit neuen Sanktionen und sonstigen Störungen der Wirtschaft kommen wird, wenn es in diesem Zeitraum auch mit den Zahlleistungen nicht mehr recht weitergehen sollte. Darüber hinaus muß in der Welt das Vertrauen bestehen, daß das gewählte Reparationsamt nur ein Vorbild ist für eine bald vorzunehmende vernünftige Regelung des ganzen Reparationsproblems und daß kein Mißfall in der gewaltigen Forderung der Krieges, und ersten Nachkriegszeit zu befürchten ist. Sind diese Voraussetzungen geschaffen, so muß daran gegangen werden, das internationale Währungsforum auf die Beine zu bringen, das die erforderlichen Mittel von einer Willkür Goldmarkt aufbringen soll. Erst wenn dieses Forum geschaffen ist und zu arbeiten begonnen hat, wird die Stabilisierung der Marz für absehbar Zeit eine vollkommene Tatsache sein. Denn wenn ein sehr zahlungsfähiges Institut da ist, das ganz unbestimmt um die Vordränge der Spekulation deutsche Papiermark zu einem bestimmten Preis kauft und verkauft, dann besteht, sozusagen dieser Apparat funktioniert, keine Möglichkeit, den Kurs der Marz unter dem von Konjunktur festgesetzten Kurs herunterzudrücken.

Dann wäre also die Stabilisierung der Marz erreicht, und wir hätten wieder festen Boden unter den Füßen gewonnen. Man darf aber nicht glauben, daß wir damit alle Wäre losbrechen würde. Soll das Papiergeld werksfähig gemacht werden, so muß seine Produktion eingestellt, und es muß mit den vorhandenen Mengen hausgehalten werden. Vermehrungen sind höchstens in äußerst vorzüglichem und sorgfältig gehütetem Maß erlaubt. Die Stabilisierung der Marz wird also bei uns ganz neue, nicht mehr gewohnte wirtschaftliche Verhältnisse schaffen. Es wird überall mit dem Gelde ganz anders geredet und gehandelt werden, als bisher.

jagen pflege, was die Jungen mit festlichem Lächeln hinhämmen, dem Doktor aber ein zweites Nicken der Billigung entlockte. „Aun die Aussprache von „on“ in der Form von „ont“ ist nicht ganz richtig“, fuhr der neue Professor fort, „obgleich ich weiß, daß Engländer, die Frankreich häufig bereisen, „Dibont, garçon!“ statt „Dites donc, garçon“ zu sagen vorziehen. Man sagt „on“, „danc“, „garçon“. Uebrigens wird das Französische mehr mit der Nase geschnitten. Sie müssen sich diese Eigentümlichkeit aneignen lassen, meine Herren.“ — Diese Bemerkung wurde mit großem Verschall aufgenommen. Auf der zweiten und dritten Bank wurden sofort eigentümliche, kaum menschliche Laute hörbar und entsehrliche Grimassen geschritten, um dem Wunsch des Herrn Professors wenigstens dermaßen weitgehend entgegenzukommen. Die Rektion dauerte eine Viertelstunde, in deren Verlauf der ermunternde Satz von allen Seiten beleudet und schließlich von den Schülern so ausgesprochen wurde, daß man ihn fast berochen konnte. — Befriedigt klappte der Direktor sein Buch zu. Selbst er hatte viel gelernt.

„Eine schöne Barthei, eine große Wahrheit, Herr Stindler“, rief er. „Quand on a du courage, on vient à bout du tout! Sehr wahr, sehr wahr! — Die könnt weiterprechen, Junge!“ — Das wilde Heer härmte hinaus. Es war ein erhebendes Gefühl, durch das offene Fenster vom Spielplatz her zwischen den Schülern des Kridelplatzes den lauten Ruf: „Quand on a du courage!“ zu hören.

„Ich bin zufrieden, ich bin sehr zufrieden“, sagte der Doktor lauschend. „Sie scheinen ein geborener Lehrer zu sein, Herr Stindler. Nur auf eins möchte ich Sie aufmerksam machen. Alle Franzosen, die den Sprachunterricht in meinem Institut leiten — gültiger Himmel, ich hatte schon über ein Dutzend! — auch der von Schaffhaus, machen, wenn sie im Schulzimmer auf und ab gehen, ganz keine, tierische Schritte. — ganz keine, tierische Schritte, Herr Stindler! Sehen Sie, ja.“

Der fetter Kolch gab eine Vorklärung.

„Daran können wir den wahren Franzosen sofort — Sie, Herr Stindler — ich bedauere es sagen zu müssen — machen ganz unfröhmliche, riesig lange Schritte. Sie haben sich dieselben wahrscheinlich in Deutschland angewöhnt. Dies erregt Zweifel. Man kann nicht jebermann und fortwährend Ihren Pah vorgehen. Wollen Sie die Güte haben, sich im Interesse des Instituts eines weniger ausweichenden, eines tierischeren Ganges zu befleißigen. Viellecht wären Gemächchen zu empfehlen. Bitte, versuchen Sie es doch. Sehen Sie, ja! — Ganz keine, tierische Schritte! — Bravo, bravo! — Noch kleiner, bitte!“

(Fortsetzung folgt.)

Der Staat wird sich von neuem fragen müssen, wie viele Beamte und wie hoch er sie bezahlen kann, wenn er mit den Steuererträgen auskommen will. Der Unternehmer wird nicht mehr damit rechnen können, daß die Lohnverhältnisse einfach auf den Wert der erzeugten Waren aufgeschlagen werden können. Kurz, es wird ein allgemeines Sparen und ein allgemeines Handeln und Feilschen einleiten, wobei sich harte Zusammenstöße der einander gegenüberstehenden Interessen nicht vermeiden lassen.

Es bleibt dann immer noch die hange Frage, wohin diese Heberungszeit führen wird. Ist sie der Anfang eines allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs, wie er sonst immer, wenigstens vorübergehend, nach großen Kriegen eingetreten ist, und wird dieser wirtschaftliche Aufschwung auch den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse begünstigen? Oder werden nach Ablauf der Heberungszeit neue unumgängliche Forderungen unter neuen Bedingungen an Deutschland erhoben werden, und wird dann das unglückselige Spiel des steigenden Dollars und der fallenden Mark von vorne beginnen? Das sind alles Fragen, die heute noch kein Mensch mit Sicherheit beantworten kann. Was wir aber erkennen, das ist die Richtung des Weges, der eingeschlagen werden muß, wenn die gegenwärtigen unglückseligen Verhältnisse überwunden werden sollen. Dieser Weg führt über das Notatorium und die Stabilisierung der Mark zu einer vernünftigen Regelung des gesamten Reparationsproblems zu einer Festlegung des internationalen Friedens, die allen wirtschaftlichen Unternehmungen Sicherheit und Dauer verleiht, und von da zu einem kräftigen Aufstieg der Arbeiterklasse in der ganzen Welt.

### Gutachten der Finanzfachverständigen

Berlin, 11. Nov. Das letzte der drei Gutachten zur Frage der Stabilisierung der Mark, die von ausländischen Sachverständigen ausgearbeitet worden sind, liegt nunmehr vor. Es ist unterzeichnet von den Herren Vissler, Dubois und Kamenka. Im Gegensatz zu dem ersten Gutachten macht es die Möglichkeit der Stabilisierung der Mark abhängig von dem Ausgleich des Handels- und Zahlungsbilanz. Bekanntlich hat das Gutachten der Herren Keynes, Jenks usw. diesen Fragen nicht die überragende Bedeutung zugemessen, die ihnen das neue Gutachten zuweist. Aber das ist ein theoretischer Streit. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine Ausweitung des Staats nach einer Stillung der Mark wesentlich leichter zu erreichen ist als vor ihr. So schien es tatsächlich schon, als ob Mitte des Jahres die Finanzierung des Haushalts erreicht werden könnte, nachdem die Schwanfänge der Mark wesentlich nachgelassen hatten. Erst mit dem neuen Sturz sind wesentlich neue Schwierigkeiten aufgetaucht. Im übrigen ist auch dieses Gutachten von einer hervorragenden Sachkenntnis. Es vertritt nicht, daß die Wareneinfuhr und damit die Passivität der Handelsbilanz durch die Geldentwertung selbst herbeigeführt worden ist. Auch dieses Gutachten fordert ein unbefristetes Notatorium für Verzinsungen und Zahlungen bis zu dem Zeitpunkt, wo die Stabilisierung der Mark durchgeführt ist. Um sie erreichen zu können, sollen die Voraussetzungen erfüllt sein, in der Hauptsache drei Maßnahmen getroffen werden. Zunächst soll ein neues wertbeständiges Geld geschaffen werden, für dessen Einführung und Garantierung eine Gelddruck notwendig ist, die auch einen internationalen Bankkredit braucht. Deshalb ist die Einberufung eines internationalen Bankkomitees sobald wie möglich herbeizuführen. Ist diese provisorische Stabilisierung mit Hilfe eines neuen wertbeständigen Zahlungsmittels erfolgt, so kann dann die Stabilisierung der Papiermark selbst erfolgen, wozu noch einige Uebergangsmaßnahmen treten. Auch dieses Komitee verlangt, daß diese Maßnahmen unverzüglich getroffen werden müssen, weil sonst zu befürchten ist, daß sie zur Erfolglosigkeit verurteilt sind.

Das Gutachten geht also auch in seinen Forderungen gegenüber der Reparationskommission noch darüber hinaus; was die Reichsregierung an Geldleistungen fordern zu müssen geglaubt hat. Es zeigt soziales Verständnis in der wichtigen Frage, wie eine Produktionssteigerung herbeizuführen ist und wie die Arbeiterlöhne dem späteren Wert des Geldes anpassen, also herabzusetzen, sind. Zu diesen Maßnahmen kann das Einverständnis der Arbeiter nicht erwartet werden, solange einerseits die vermehrte Arbeitsleistung nicht sowohl dem ganzen deutschen Lande als auch den Arbeitern selbst zugute kommt, und andererseits der nominell herabgesetzte Arbeitslohn nicht eine erhöhte Kaufkraft gewinnt.

Hier sind also die internationalen Finanzfachverständigen mindestens einseitiger als Herr Sinnes, der eine Mehrarbeit von der Arbeiterklasse selbst Nutzen erwachsen kann. Denn es besteht doch kein Zweifel daran, daß ohne eine Stabilisierung der Mark jeder Versuch zu einer Mehrarbeit, wie er ihn verlangt, durch die Wirkungen der Geldentwertung sich gegen die Arbeiterklasse selbst richten muß.

### Badische Politik

#### Die Zunahme der Steuerung im Monat Oktober

Die vom Statistischen Landesamt berechnete Landesindizes für den Monat Oktober 1922. Wenn man diese Zahl mit der vom März d. J. (1920) vergleicht, so ergibt diese eine Steigerung rund um das Fünffache. In dieser Indexzahl ist aber die Erhöhung der Aufschlags- und Verbrauchssteuern für Kleidung (von Wäsche, Kleider, Schuhe) nicht inbegriffen, während die Brenn- und Heizstoffe sowie Wohnungszwecke einbezogen sind. Im September betrug die Steigerung gegenüber dem Monat August 60,4 v. H. Gegenüber dem Monat September ist die Indexzahl im Oktober um 75,7 v. H. gestiegen, eine Zunahme, wie sie bisher noch nie in einem Monat festzustellen wurde. Wenn man den Friedensstand gleich 100 setzt, so ergibt sich eine 200%ige Verteuerung.

Wie bereits durch das Statistische Reichsamt bekanntgegeben wurde, ist die Reichsindizes für den Monat Oktober auf 1004 gestiegen. Diese Index, die sich aus den Steuerungsindizes (ohne Kleidung) für 71 deutsche sog. Evidenzgemeinden zusammensetzt, läßt in Baden im Vergleich zur Landesindizes eine Verteuerung drei über den Reichsdurchschnitt erkennen. Nach der Reichsindizes, die im September 11376 betrug, hat die Verteuerung der in die Statistik einbezogenen Gegenstände um 113% mal soviel wie vor dem Kriege zugenommen. Im Monat Oktober ist die Verteuerung auf das 105fache angewachsen.

### Berichtszeitung

Freiburg. Das geschiedene Ehepaar auf dem Kartoffelmarkt. Fast wie eine Theaterposse mietet ein Mann an, der in der letzten Schöffengerichtssitzung aufs Tapet kam. Ein von seiner Frau gerichtlich geschiedener Loggänger, der hier in der Wäldlestraße wohnt, war mit dieser Frau und eingemalte auch mit der Frau und deren Freundin nächstherweise zum Kar-

toffelmarkt auf fremde Aeder ausgezogen. Das geschah im Juli und da sich der Mann mit seiner früheren Frau abermals verheiratet, beschuldigte er sie unklugerweise bei der Polizei des Kartoffeldiebstahls. Daß er sich damit selbst eine Grube schaufelte, bemerkt das schöffengerichtliche Urteil, denn unter Berücksichtigung seines Vorstrafenverzeichnisses brunnnte man dem Fr. Ehemann und der Freundin seiner Frau je drei Monate, der geschiedenen Frau sechs Monate Gefängnis auf.

Die Strafkammer in Karlsruhe verurteilte die Kaufleute Friedrich Ludwig Schmitt-Karlsruhe und August Steinle aus Augsburg wegen Diebstahls von Stoffen, begangen zum Schaden ihrer Karlsruher Firma, erließen zu einem Jahr Gefängnis, letzteren zu einem Jahr 4 Monaten Gefängnis. Außerdem wurden wegen des gleichen Vergehens noch vier Angeklagte der Firma in Karlsruhe von 2000, 3000 und 5000 M bzw. drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Händler Karl Metz erhielt wegen Diebstahls eines Gefängnisstrafe von einem Jahr und der Händler Lehmann er wegen gewerkschaftlicher Schelerei eine Justizhausstrafe von einem Jahr drei Monaten.

### Gemeindepolitik

#### Badischer Städteverband

Am Montag, 30. Oktober d. J. hielt der weitere Ausschuh des badischen Städteverbandes im Rathaus zu Karlsruhe eine Sitzung ab, an welcher die Oberbürgermeister des Landes, verschiedene Bürgermeister, Stadträte, Vertreter der Regierung und Landtagsabgeordnete teilnahmen. Gegenstand des von Oberbürgermeister Dr. K. u. B. Mannheim erstatteten Referats und der Aussprache war die Finanzlage der badischen Städte und die zur Abhilfe erforderlichen Maßnahmen. Den ins ungenügende gestiegenen Ausgaben sind die Einnahmen in keiner Weise gefolgt. Die Ueberweisung der Anteile an der Einkommensteuer fließen den Gemeinden angehörend des bauernd sinkenden Geldwertes immer zu spät zu. Es besteht keine Möglichkeit, die sog. „werbenden Betriebe“, wie Straßenbahnen usw. aus eigenen Einnahmen zu erhalten, da jede Gehühnerhöhung eine starke Abwanderung nach sich zieht. Durchgreifend kann den Gemeinden nur geholfen werden, wenn ihnen die Möglichkeit gegeben wird, selbständig im Rahmen der Reichs- und Landesgesetz neue Einnahmequellen zu schaffen. In erster Linie käme die Einführung einer besonderen Gemeindegewerbesteuer in Frage, wie dies bereits in anderen Ländern, insbesondere in Preußen, geschehen ist. Ferner müssen die Gemeinden in der Lage sein, je nach Verhältnisse der örtlichen Bedürfnisse weitere örtliche Abgaben zu erheben. Auch in dieser Hinsicht sind die badischen Städte gegenüber anderen Staaten zurückgeblieben. Endlich müßte der sog. Härteparagraf (§ 18 Abs. 3 des Grund- und Gewerbesteuergesetzes) auf alle Fälle aufgehoben werden.

Die Notwendigkeit rascher gesetzlicher Maßnahmen in dieser Hinsicht wurde in einer Vorberatung des badischen Städteverbandes am 6. November in Karlsruhe, an welcher auch der Finanzminister und der Minister des Innern teilnahmen, weiter eingehend erörtert. Es herrschte Einstimmigkeit darüber, daß der Staat selbst das größte Interesse daran hat, daß die Gemeindefinanzen wieder in gesunde Verhältnisse gebracht werden. Der Finanzminister sagte eine eingehende Prüfung der Anträge des badischen Städteverbandes zu.

Daneben hat der Vorstand noch zu einer Reihe anderer wichtiger Fragen Stellung genommen. Die vom badischen Landesfinanzamt in bauernd größerem Umfang beanpruchte Mitwirkung der Gemeinden bei der Reichssteuerverwaltung kann nicht als gerechtfertigt anerkannt werden, da den badischen Gemeinden die zur Aufstellung der verlangten Listen und Nachweisungen erforderlichen Unterlagen nicht in gleicher Weise wie z. B. den preussischen Gemeinden zur Verfügung stehen, welche die Veranlagungsgeschäfte zur Grund- und Gewerbesteuer selbst ausführen. Ferner beschäftigen den Vorstand die zur Bekämpfung der Wohnungsnot und der drohenden Arbeitslosigkeit erforderlichen Maßnahmen. Die Städte müssen verlangen, daß auch der Staat Notstandsmaßnahmen organisiert und finanziert. Des Weiteren kam unter anderem noch die Frage der Einführung von Gefahrenklassen in der Gebäudeversicherung und die Ausgabe von Notgeld zur Erörterung.

Waldkirch (Weisgau), 10. Nov. Der Gemeinderat stimmte einem Wahlenkaufpreis von 40 M pro Alter zu. Hierbei geben verschiedene Mitglieder des Gemeinderats der Meinung Ausdruck, daß eine Verbesserung der mangelhaften Wildverbodung nur dann möglich sei, wenn dem Erzeuger wieder eine bestimmte Ablieferungsmenge gesetzlich zur Pflicht gemacht wird.

### Gewerkschaftliches

#### Konferenz der Theaterarbeiter der Theater- und Südwestdeutschlands

Im Gewerkschaftshause in Heidelberg tagte am Sonntag, 5. November, eine Konferenz der in Gemeinde- und Staatsarbeiterverband organisierten Arbeiter der Theater- und Südwestdeutschlands. Von folgenden Theatern waren Vertreter erschienen: Frankfurt, Darmstadt, Mainz, Wiesbaden, Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe, Baden-Baden, Freiburg und Stuttgart.

Die Konferenz wurde unter dem Vorsitz des Kollegen und Stadtrats Bühler-Heidelberg mit einer instruktiven und von tiefer Sachkenntnis zeugenden Vortrag des Gauleiters Bühler über „Die Arbeitsverhältnisse in den Theaterbetrieben unter Berücksichtigung des Reichsmantel-Vertrages“ eingeleitet. In der letzten Zeit machte sich infolge der finanziellen Not der Theater das Weibchen geltend, in der Hauptsache eine Verringerung auf Kosten der Arbeitszeit und der Entlohnung des Arbeiterpersonals zu erreichen. Dagegen wurde auf dem Gebiete der Ausstattungen angefaßt der Notlage eine nicht zu verantwortende Verschönerung getrieben. Mehr denn je ist daher der gewerkschaftliche Einfluß in den Theaterbetrieben von unbedingter Notwendigkeit. Die fruchtbarste Aussprache hat zu einer notwendigen Bewegung, die die Schaffung einheitlicher Arbeitsverhältnisse zum Ziele hat, sehr gutes Material geliefert. Nachfolgende Entscheidung fand einstimmige Annahme:

Die am 5. November in Heidelberg tagende Konferenz des technischen Personals südwest- und süddeutscher Theaterbetriebe stellt mit Bedauern fest, daß nahezu überall in ihren Betrieben Kräfte am Werke sind, den Theaterarbeitern die achtstündige Arbeitszeit wieder zu entreißen. Dabei sind die achtstündige Arbeitszeit, die gerechelte Arbeitseinteilung und die Einführung der Betriebsräte beinahe die einzigen Fortschritte, welche das technische Theaterpersonal durch die politische und gewerkschaftliche Ummäuerung erreichen konnte. Die Konferenz spricht den Theaterleitungen, welche versuchen, ihr Personal in die alte Sklaverei der unbeschränkten und regellosen Arbeitszeit zurückzuführen, die schärfste Mißbilligung aus und erwartet, daß diejenigen Theaterleitungen, welche sich wirklich auf dem Boden der Kultur und Kunst sowie der Menschlichkeit stellen, alles daran setzen, um die heutigen besseren Verhältnisse zu erhalten. Von dem Personal aller deutschen Theater aber erwartet die heutige Konferenz, daß es den Bestrebungen der Verschlechterungen der Arbeitszeit und der übrigen Verhältnisse mit allem Nachdruck entgegentritt und sich insbesondere auch durch den Versuch der Theaterleitungen, die Verhältnisse der

verschiedenen Theater gegeneinander auszuspielen, nicht irre werden läßt. Um über die Verhältnisse in den Theaterbetrieben Deutschlands Klarheit zu schaffen, empfiehlt die Konferenz dem Verbandsvorstand, genaue Erhebungen anzustellen, die als Grundlage des zu führenden Abwehrkampfes gegen alle Verschlechterungen dienen.

Ueber das Thema: „Rechte und Pflichten der Betriebsräte in den Theaterbetrieben“ hielt Kollege Klinger-Mannheim einen bemerkenswerten Vortrag. Das Ergebnis des Vortrages und der Aussprache wurde in einer Entschließung zusammengefaßt, in der bedauert wird, daß das Theatergesetz noch nicht zustande kam. Des Weiteren wird gegen die billiarische Willkür mancher Theaterleitungen protestiert und für die Betriebsräte alle im V.K.G. enthaltenen Rechte gefordert. Die schweren finanziellen Sorgen der Theaterbetriebe können nur in engem und geistlichem Zusammenarbeiten der Theaterleitungen und der Betriebsvertrungen sachgemäß geprüft und in erträglicher Weise behoben werden.

In einem von innerer Wärme und Begeisterung getragenen Schlußwort konnte Kollege Bühler-Heidelberg das fruchtbarste Ergebnis der Konferenz zusammenfassen. Wegen der neuen Eindrücke, die die Konferenz den Teilnehmern vermittelt hat, zum Wohle der Allgemeinheit vermerkt werden.

### Kleine badische Chronik

Rinkenheim b. Karlsruhe, 11. Nov. Ueberfahren wurde gestern vormittag der 15 Jahre alte Arthur Burgstahler von hier vom Zuge, als er nach Karlsruhe zur Arbeit fahren wollte. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod alsbald eintrat.

Schwetzingen, 11. Nov. Wie erinnert wurde vor einer Woche in der hiesigen katholischen Kirche ein Haub verübt. Dieser dürfte nun seine Aufklärung finden. Die Gendarmerie verhaftete in Mannheim zwei Putschisten aus Eppelheim, die in Heidelberg einen großen Stoffdiebstahl verübt hatten. Bei dem Einbrechen wurde die in der Schwetzingen Kirche gestohlene Summe gefunden, die schon zerbrochen war. Der Dieb konnte bis jetzt nicht auffindig gemacht werden. Die Verhafteten leugnen bis jetzt hartnäckig.

Forstheim, 13. Nov. Der 50 Jahre alte verheiratete Schreiber Franz Kaver Kaiser lief in angegrünemtem Zustand in einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen hinein, wurde zur Seite geschleudert und starb nach wenigen Minuten an inneren Verletzungen.

Lahr 12. Nov. Hier wurden ein wegen Diebstahls mehrfach vorbestrafter Schlosser und ein aus Württemberg zugewandener Techniker verhaftet, die aus einer Maschinenfabrik Werkzeuge usw. im Werte von mehreren 100 000 M entwendet hatten. Ein Teil des Diebesgutes konnte noch beschlagnahmt werden.

Mehrth, 12. Nov. Infolge Kurzschlusses ist das Oekonomiegeld des Stephan Gabel in Solzle mit sämtlichen Futur- und Getreidevorräten und fast allen landwirtschaftlichen Maschinen niedergebrannt.

Gienhausen (Amt Stodach), 11. Nov. Auf der Landstraße Wühlingen-Hopfenzell ist der Fabrikarbeiter Bahli von zwei unbekanntem Männern angefallen worden, die mit dem Messer auf ihn eindrangen. Mit Hilfe seines Hundes war es jedoch dem Bahli möglich, die beiden Angreifer sich vom Hofe zu halten. Einer derselben schlug er mit dem Stod derart über den Schädel, daß er den Gang herunterrollerte.

Konstanz, 11. Nov. Der Wert der aus dem Konstanzener Münzwerk entwendeten 7 silbervergoldeten Kelche stellt noch der Schätzung vom Jahre 1882 die Summe von 1912 M (reiner Silberwert) dar. Nach dem heutigen Stande würde ein reiner Silberwert von 58 053 M sich ergeben, während der Kunst- und Altertumswert sich zurzeit auf mindestens 2 Millionen M belaufen würde. Sämtliche Kelche sind innen vergoldet und stammen noch aus dem 15. Jahrhundert.

Meinleben, 12. Nov. Der 19jährige Sohn eines Schiffschauelbelegers wurde durch eine Schaufel so unglücklich am Kopf getroffen, daß er an den erlittenen Verletzungen verschied.

Fürstentümer und fürstliche Straßennamen. Auf dem Parteitag in Offenbach wurden Klagen vorgebracht, daß in städtischen und staatlichen Büros immer noch Fürstentümer vorhanden sind und auch Straßen noch mit Namen ehemaliger Fürsten bezeichnet seien. Bezüglich der Delorator der Antisuchen mit Monarchenporträts darf wohl die Stadt Wahl Anspruch auf den Rekord erheben. Im dortigen Stadtratsszimmer hängen über ein Dutzend badischer Fürsten- und Prinzenbilder. Bezüglich der Straßennamen gehört die Bezeichnung Kaiser- oder Königsstraße endlich ausgerottet. In Nehl besteht, unter dem Protektorat der Republik Frankreich, noch eine Großherzog Friedrichstraße. Gehen die Straßen nur eine fürstliche Vornamenbezeichnung, so können dieselben ruhig bestehen bleiben. Man denkt sich einfach unter der Wilhelmstraße = Wilhelm Lieblucht, der Friedrichstraße = Friedrich Feder, der Luisestraße = Luise Michelstraße, usw. — Aber Namen mit dem fürstlichen „Beruf“ gehören unbedingt beseitigt.

Gebäudeversicherung. Der Zuschlag, den die badische Gebäudeversicherungsanstalt gewährt, ist vom Ministerium des Innern für die vergangenen Monate Juli und August auf das 79fache des Friedenswertes festgesetzt. Ein brandgeschädigter Gebäudebesitzer, dessen Haus einen Friedensversicherungsanschlag von 100 000 M hat, erhält somit, wenn die Wiederherstellung des Gebäudes in den genannten Monaten erfolgt ist, eine Entschädigung von 100 000 M zuzüglich eines Zuschlags von 7 900 000 M, zusammen also 8 Millionen Mark. Diese Entschädigung dürfte bei einigermaßen sparsamer Bauweise, wie sie heute doch sehr geboten ist, nahezu den Betrag der tatsächlichen Wiederaufbaukosten erreichen. — Aus Kreisen der Gebäudebesitzer werden, wie uns von zuständiger Seite geschrieben wird, immer wieder Klagen laut über die Höhe der Umlage der Gebäudeversicherung, die in keinem Verhältnis zum Friedenswert der Gebäude steht. Dabei wird, worauf anlässlich der neuerlichen Erhöhung des Zuschlags hingewiesen werden muß, häufig vollkommen übersehen, daß dem Umlageleistenden der Gebäudebesitzer eine Gegenleistung der Gebäudeversicherungsanstalt gegenübersteht, die in nicht geringerer Nähe mit der Geldentwertung Schritt hält, als notwendigerweise die Umlagefestsetzung für die Gebäudebesitzer. Denn da für eine Umlagefestsetzung der Gebäudeversicherung der Friedenswert eines Hauses nur rechnerische Grundlage ist, die Umlage also auf den Wiederaufbauwert bezogen werden muß, so wird auch der Zuschlag zur gesetzlichen Entschädigung nach der Wiederaufbaukosten unter Berücksichtigung der im Zeitpunkt des Wiederaufbaues geltenden Baupreise berechnet. D. h. die beiderseitigen Leistungen, die Umlage der Gebäudebesitzer und die von der Anstalt zu gewährende Entschädigung müssen auf den Betrag der Wiederherstellungskosten bezogen werden. Nur unter diesen Gesichtspunkten ist eine gerechte, und die Gegenseitigkeit der Leistungen richtig wertende Beurteilung der Umlage möglich.

Von den Karten des Badischen Schwarzwaldvereins ist fast eine neue Karte in 3. Auflage erschienen, nämlich die Karte des Freiberggebietes. Auch diese Karte reißt sich in ihrer Aufmachung, in der Sorgfalt der Herstellung, in der Handlichkeit ihres Gebrauchs würdig den bereits erschienenen Karten des Schwarzwaldes an. Die Karte ist für jeden Touristen und Wanderer, für jeden Besucher des Freiberggebietes ein unentbehrlicher Führer.

# Zu den badischen Gemeindevahlen

## Landestheater und Gemeindevahlen

Von Hermann Winter

In die Amtszeit des am 19. November zu wählenden Bürgerausschusses fällt die Übernahme des gesamten Betriebs des badischen Landestheaters in die eigene Verwaltung der Stadt. Nach dem zwischen dem badischen Staat und der Stadt Karlsruhe im Juli 1919 abgeschlossenen Vertrage scheidet mit Beginn der Spielzeit 1922/23 der Staat aus der Verwaltung des Betriebes des Theaters aus. Die Stadt Karlsruhe erklärte sich in dem § 7 des Vertrags grundsätzlich bereit, den Betrieb des Theaters von diesem Zeitpunkt an in eigener Verwaltung zu übernehmen. Die hierdurch erforderliche Ueberberechtigung der Anstellungs- und Pensionverhältnisse des Personals ist laut Vertrag spätestens im Laufe des Spätjahres 1923/24 zugleich mit einer Vereinbarung über die Bedingungen vorzubereiten, unter denen der Staat für die Zeit vom Beginn des Spieljahres 1925/26 ab die Gebäude und den Fundus des Landestheaters zur Verfügung stellt. Die Leitung und Verwaltung des Landestheaters liegt zurzeit in Händen eines aus 5 Vertretern des Staates und 5 Vertretern der Stadt bestehenden Verwaltungsrats.

Der Bürgerausschuss wird also in Kürze schon vor schwerwiegenden Entscheidungen gestellt. Er wird zu entscheiden haben, ob die Stadt das Landestheater als Stadttheater in eigener Verwaltung übernehmen soll, ob das Theater verpachtet oder ob es geschlossen werden soll. Kein Zweifel, daß diese Entscheidung zu den schwierigsten und bedeutungsvollsten Aufgaben gehört, die der fünfstufige Bürgerausschuss zu lösen hat.

Bisher war der Einfluß des Bürgerausschusses auf die Verwaltung und den Betrieb des Landestheaters gleich Null. Seine ganze Tätigkeit bestand nur darin, daß er alljährlich bei der Beratung des Voranschlags etwa 8 Millionen Zuschuß, — in diesem Jahre waren es 8 Millionen 200 000 Mark —, genehmigen durfte. Die sozialdemokratische Fraktion erhob jeweils Protest gegen die Zumutung, einfach so und so viele Millionen bewilligen zu lassen, ohne die Möglichkeit zu haben, die Ausgaben und den Zuschuß näher nachprüfen zu können. Die sozialdemokratische Fraktion verlangte, daß dem Bürgerausschuss etwas mehr über den Etat des Theaters gesagt wird als es bisher der Fall war. Entschieden wurde diesem Verlangen aber nicht. Wenn die Stadt in kurzer Zeit das Theater mit dem ganzen Restbetrag übernehmen soll, so müssen die verantwortlichen Gemeindeväter auch wissen, wie es in diesem jüngsten städtischen Betrieb aussieht. Die Stadtverordneten müssen die Möglichkeit haben, die Berechtigung der angeforderten Summe nachzuprüfen, sie müssen die sachlichen Unterlagen bekommen, mit deren Hilfe sie Vorschläge über eine Erhöhung oder Kürzung der Zuschüsse machen können. Es muß dem Bürgerausschuss eine Spezialaufstellung des Etats des Landestheaters gegeben werden. Es muß mitgeteilt werden, wie viel von den Ausgaben auf die Oper, wie viel auf das Schauspiel entfällt, wie hoch der sachliche, wie hoch der persönliche Aufwand ist. Nur wenn das geschieht, wird es möglich sein, sich ein vollständiges Bild über den Stand des Theaters zu machen. Die sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion wird sich also nicht mehr mit der einen Zeile im Voranschlag, in dem der angeforderte Zuschuß zum Landestheater angeführt ist, abfertigen lassen, zumal unserer Partei auch durch die bürgerliche Stadtratsmehrheit der Einfluß, den sie im Verwaltungsrat des Landestheaters, dem er angehört, ausübt. Sein Nachfolger wurde aber nicht wie es von Rechts- und Anstandswegen hätte sein sollen, ein sozialdemokratischer Stadtrat, sondern die bürgerliche Mehrheit des Stadtrats wählte den deutschnationalen Stadtrat Reiff in den Verwaltungsrat. Es wird von dem Ausfall der Wahl abhängen, ob diese Vergewaltigung bestehen bleiben oder beseitigt werden soll.

Die sozialdemokratische Partei wird die an sie heranrückenden schweren Fragen über das Schicksal des Landestheaters mit besonderer Gewissenhaftigkeit und besonderer Sorgfalt zu prüfen haben. Die Sozialdemokratie ist die beste Freundin des Theaters, wie der Kunst überhaupt. Hat sie doch auf ihrem Programm nicht nur die wirtschaftliche und soziale Hebung und Befreiung der Arbeiterklasse stehen, sondern in gleichem Maße auch die geistige und kulturelle Hebung des Volkes. Für den Sozialismus ist das Theater ein Mittel zur sittlichen und geistigen Erziehung aller Schichten des Volkes; für den Sozialismus ist das Theater eine Schlichtung des Volkes; für den Sozialismus ist das Theater eine Kulturnotwendigkeit. Das ist der fundamentale Unterschied zwischen der Auffassung der Sozialdemokratie und jener des Bürgertums, das in dem Theater nur eine Vergnügungs-, Unterhaltungs- oder Amüsieranstalt sieht. Das Theater von gestern war das Theater der Fürsten, der Reichen; nur eine auserlesene Schicht konnte und durfte an den Kunstgenüssen teilnehmen, das Volk bekam gelegentlich einen Wodden, der vom Tisch der hohen Herrschaften herunterfiel, augenommen. Das Theater von morgen aber wird das Theater des Volkes, die Bühne des Volkes sein. Das Theater ist wie die Schule ein bedeutender Erziehungsfaktor; es dient der Erziehung und Bildung des Volkes gleich den Schulen, Museen, Galerien und Bibliotheken. Und deshalb darf auch der Betrieb des Theaters nicht mit irgend welchem anderen städtischen Betriebe, etwa einem Gas- oder Elektrizitätswerk, Straßenbahn oder Schlachthof verglichen und nur nach seinem Gewinn oder Verlust in Einnahme oder Ausgabe bewertet werden. Selbst ein Millionendefizit kann beim Theater ein Millionenertrag sein, man darf nur die ethischen, kulturellen, erzieherischen und moralischen Werte, die das Theater vermittelt, auf die Gewinnseite buchen.

Die Haltung der Sozialdemokratie dem Landestheater gegenüber ist mit dieser grundsätzlichen Stellung der sozialdemokratischen Partei zur Kunst ohne weiteres gegeben. Die sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion wird bis zum Äußersten versuchen und sich bemühen, den Betrieb des Theaters in städtischer Verwaltung aufrecht zu erhalten. Neben dem kulturellen Interesse spricht hier selbstverständlich auch noch das soziale Interesse mit. Es steht da das Schicksal von 300 Angestellten auf dem Spiele, das der Arbeiterpartei nicht gleichgültig ist. Wie die sozialdemokratische Fraktion des Bürgerausschusses vor zwei Jahren, als die Verwaltung mit dem „Epaen“ in der Art anfing, daß sie kurzerhand eine ganze Reihe Künstler und Angestellte auf die Straße setzen wollte, ihren ganzen Einfluß einsetzte, um jede Härte bei diesen Entlassungen zu unterbinden, sie rückgängig zu machen versuchte und weiterhin erst die Prüfung anderer Sparmöglichkeiten verlangte, so wird auch künftighin die sozialistische Vertretung alle derartigen geplanten Maßnahmen der Verwaltung aufs gewissenhafteste prüfen. Ertliche Anträge werden auch sein, sich des Schicksals der Pensionäre anzunehmen, die mit einer Pension von 300 M im Monat ihr Leben fristen müssen, und denen die badische Regierung größtmögliche Hilfe auf den Nachhaken dieser Leute hin — 1 M tägliche Zulage bewilligte! Wenn die Regierung sich diesen Armen gegenüber hinter Progaphen verschanzte, dann muß eben der Bürgerausschuss mit mehr Herz und sozialem Verständnis eingreifen und helfen.

Es ist auch selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie nicht aufpassen kann, wenn das Theater etwa in Nacht an einen Privatpächter gegeben werden sollte. Für uns kommt nur das städtische Stadttheater in Betracht. Die Umwandlung des badischen Landestheaters in ein Gesellschaftstheater würde die Vernichtung des Ansehens der Stadt bedeuten. Was ein Gesellschaftstheater ist, das zeigte uns mit jählicher Klarheit der Deutsche Sommeroperette 1922 im städtischen Kongresshaus!

Es ist nur aber doch nötig, daß die Stadt sich im Hinblick auf die neue gewaltige Belastung, die die Uebernahme des Theaters in eigene Verwaltung, dem städtischen Finanzwesen liegt, um Hilfsquellen umsieht, mit deren Hilfe ihr das Tragen der Last leichter wird. In erster Linie käme da wieder der Staat in Betracht, der, auch wenn er des Vertrags ledig und frei von Verpflichtungen dem Theater gegenüber ist, dennoch noch Pflichten dem Theater gegenüber hat. Unsere Stadt ist Grenzstadt; das Theater gehört mit zu den äußersten Grenzpunkten deutscher Kultur. Da hat ohne allen Zweifel der Staat die Pflicht, sich an der Erhaltung dieser nationalen Kultur zu beteiligen; ja nicht allein der badische Staat, sondern in demselben Maße auch das Reich. Auch muß einmal die Frage aufgeworfen werden, ob nicht auch der Kreis Karlsruhe — und vielleicht auch Baden — gewisse Ausgaben mit zu erfüllen haben. Nicht allein die Bühne und Orte der näheren Umgebung, Durlach, Ettlingen, Bruchsal, Malsbühl haben ihren Nutzen und Gewinn aus dem Theater, auch entferntere Orte, Weiten, Pforzheim, Offenburg, Reil, Neffern an dem vom Theater vermittelten Kunstwert teil. Sie sollten also ebenfalls mit den Kosten der Erhaltung des Theaters mit herangezogen werden. Sie müssen erkennen, daß gerade die Ausgaben für das Theater am wenigsten unproduktiv sind.

Zu den wichtigsten Maßnahmen zur Erhaltung des Theaters gehört aber die Schaffung großer Besucherorganisationen, wie wir sie in den Volksbühnen in vielen Städten des Reiches und auch in Karlsruhe bereits haben. Die Organisation der Theaterbesucher ist der beste Weg, einmal um das Theater der Masse des Volkes zu erschließen und dann auch, um dem Theater eine gesicherte finanzielle Grundlage zu geben. Sollte die Stadt das Theater allein nicht halten können, dann wäre die Schaffung einer Art gemischt-wirtschaftlichen Betriebs, in dem die Stadt, die Volksbühne und der Bühnenvolksbund Träger sind, in eventuelle Erwägung zu ziehen. Die Stadt hat deshalb alles Interesse daran, diese Theaterorganisationen zu fördern. Man wird nicht bekümmert sein, daß besonders die Karlsruher Volksbühne sich einer förmlichen Förderung durch die Stadtverwaltung bisher zu erfreuen gehabt hätte.

So groß also die Sorgen und Schwierigkeiten sind, die dem Theater drohen, so sehr ist democh zu hoffen, daß unserer vortrefflichen Bühne das Äußerste erspart bleibt, und daß sie uns erhalten bleibt. Die Sozialdemokratie betrachtet das Theater und seine Kunst als eine Lebensnotwendigkeit der Volksgemeinschaft. Es wird deshalb mit zu den vornehmsten Aufgaben der fünfstufigen Bürgerausschussfraktion gehören, vor allem dem Theater, wie auch allen sonstigen Kulturaufgaben, die weit mögliche Förderung zu werden zu lassen. Im Interesse der kulturellen Hebung des Volkes.

## Zur Scheidemann-Versammlung

Sind Karten zu haben bei den Vertrauensleuten der Partei, Bezirksämtern, „Volkshilfen“, Volkshilfsvereinen, Adlerstr. 16, sowie bei Gen. Fern. Lang, Kaiserstr. 46. Da die Nachfrage jetzt schon sehr stark ist, empfiehlt es sich, bezzeiten eine Karte zu sichern.

## Die Wahlparole des Zentrums

Es ist richtig, zu trodnen man es nicht wahr haben will, daß das Zentrum die Frage des Familienbades im Wiederholte zu seiner Wahlparole beim Gemeindevahlkampf zu machen beabsichtigt. Den Wahlkampf möchte vorletzten Sonntag die „Zeit“ abgeleitet von dem „Lied der Arbeiter“ herab einleiten, außerdem soll einige Tage vor der Wahl eine große Protestversammlung inoffiziell werden. Die Vernichtung der Kongress- und politischen Grenzen ist zwar nichts neues, man kann das bei jeder Wahl und allemorts feststellen; neu ist aber die „Angewandtheit“, mit der dieses Mal die Kirche von einer politischen Partei mißbraucht wird. Das Zentrum hat es ja mit dieser Art Agitation sehr bequem, es spart durch die Vernichtung der Kirche als Versammlungsort viele Tausende Mark an Miete, die es sonst wie die anderen Parteien für private Säle zahlen müßte. Der „Bad. Beobachter“ wird zwar ab unferer Feststellung ein großes Geise und Geschimpfe anheben; aber er kann sich alle Mühe sparen. Uns imponiert er mit seinem Geschrei nicht. So wenig, wie uns sein Geschrei über die durch das gemischte Bad gefährdete Sittlichkeit imponiert.

Es ist elendeste Heuchelei, die vom Zentrum da getrieben wird. Es möchte nämlich die Wählerchaft über seine Sünden auf dem Karlsruher Rathaus hinwegtäuschen und glaubt dies mit der Hege gegen den Stadtrat und das Familienbad fertig zu bringen. Bemerkend muß man bei diesem Treiben des „Bad. Beobachters“ nur die schmähliche Phantasie, mit der die Führer der Hege gegen das Familienbad ausgestattet sind. Die Kritiker und Protestler des „Bad. Beobachters“ wägen sich mit wahrer Wollust in den angeblichen Schweinereien, die in dem Bierordnungsamt, dem „Saubad“, dem „Lustbad“ verübt werden! Wenn es im Bierordnungsamt allerdings so schamlos zuging, wie die Schamlosigkeit und Pervertenz dieser ist, die sich im „Bad. Beobachter“ ausleben, dann wären wir die ersten, die die Schließung des Bades verlangten. Und Leuten mit der blühenden erottischen Phantasie, wie sie im „Bad. Beobachter“ zum Ausdruck kommt, ist der Besuch des Bierordnungsamtes auch wirklich nicht zu empfehlen, es könnte ihnen sonst gehen, wie jenem Badbesucher des Maxaubades, der sich — als einziger während der ganzen langen Badezeit des vorjährigen Sommers — eine Frechheit einer Dame gegenüber erlaubte und dafür im nächsten Augenblick schon seine Tracht Prigel erhielt und aus dem Bade ausgewiesen wurde. Aber die Zentrumshierarchien meinen es ja auch gar nicht so ernst mit ihrem Protest! Es ist Theater-Wahl-Donner. Sie wissen so genau wie wir, daß was in anderen Städten seit Jahren Brauch ist, ohne daß die Sittlichkeit Schaden gelitten, auch in Karlsruhe sich einführen läßt. Und wenn die Wahlen herum sind, dann werden wir bald, wie voriges Jahr im Maxaubad, auch wieder so manchen Zentrumshänger sich im schönen Familienbad tummeln sehen, ohne daß seine Sittlichkeit notleiden wird. Daß allerdings der Teil der Wählerchaft, der nicht zu denken gewohnt ist, und das sind doch fast ausschließlich Zentrumswähler, auf den Wahlschwund hereinfallen wird, daran zweifeln wir nicht. Auch die „Sittlichkeit in Gefahr“ wird gehen, so gut wie die „Religion in Gefahr“.

Es nimmt sich so zu schön aus, die Rolle des Sittenwärters und Sittensichters zu spielen! Aber das Spiel wirkt nicht, wenn es nicht ernst ist. Und doch ein Schauspieler ist das Zentrum! Daß es die Partei der Heuchelei ist, zeigt das Zentrum gerade in diesem Gelede gegen das Familienbad. Wo hat das Zentrum, wo hat die Sittlichkeit in den Kirchen schon einmal protestiert gegen die die Sittlichkeit aufs höchste gefährdenden Zustände im Familienbade? Wo ist die Sittlichkeit mehr gefährdet: im öffentlichen Bade, in dem Hunderte von Menschen sich im Wasser erholen und erquicken, oder in den Tausenden Wohnungen, in denen 4, 5, ja bis zu 10 Personen heiderlei Geschlechts in einem oder zwei Kammern bei Tag und Nacht schlafen müssen? Wann hat das Zentrum dagegen protestiert, wenn in Hunderten Wohnungen in Karlsruhe der Vater, die Mutter, die erwachsene Tochter und der erwachsene Sohn im selben Kamine nachts schlafen müssen? Wo ist die moralische Entrüstung des Zentrums über die schamlosen Freistreiberien für die Milch? Wo ist die sittliche Empörung gegen den Bratwucher und die Teuerung? Die durch die Teuerung verursachte Verelendung des Volkes ist doch auch mit eine der größten Gefahren für die Sittlichkeit und Moral des Volkes. Wo ist der Kampf des Zentrums gegen diese bedrohliche Sittlichkeit? Nichts hört man, nichts liest man! Da verheben sich die Zentrumshierarchien alljährlich auszusprechen! Weil sie sonst Schuldbekennnisse eigener Sünden ablegen müßten! Denn ihre sozialistische Wirtschaftspolitik ist ja mit der Ursache all dieser Zustände. Sie müßten zugeben, daß sie mit ihrem Latein am Ende sind und nicht helfen können. Weil man aber diese Ehrlichkeit nicht aufbringen, wendet man die Hochfunktionskräfte an und sucht mit hysterischem Geschrei über die „schöne Stefanie“ und das „Animmerbad“ die Sittlichkeit abzulenken und über die eigenen Sünden wegzutäuschen. Das Geschrei ist nicht anders als dem „Bad. Beobachter“ diesmal nicht gelungen. Die Wählerchaft weiß, was es mit dem Geschrei über das Familienbad für eine Bewandnis hat, sie läßt sich durch das heuchlerische Geschrei des Zentrums nicht täuschen. Sie wird vielmehr am 19. November dem Zentrum für seine Mißachtung am deutschen Volk die gebührende Quittung ausstellen.

## Aus der Stadt

Karlsruhe, 13. November

18. November. 1892 f. Der Dichter Ludwig Uhland in Tübingen. — 1918 Abdankung des Königs von Bayern. — 1918 Erwerbslosenfürsorge verordnet.

## Karlsruher Parteinaufrichten

Bereinigte sozialdemokr. Partei. Heute abend 8 Uhr in der Badelstammer Vorstandssitzung. Kein Besitzt darf unvertreten sein.

Mittel- und Südweststadt. Montag, 13. Nov., abends 8 Uhr im großen Saale der Badelstammer Bezirksversammlung mit äußerster Tagesordnung. Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen des Bezirks ist daher dringend erforderlich.

Grünewald. Am Mittwoch, 15. November, abends 8 Uhr findet im Saale zum „Hirschen“ eine öffentliche Wahlversammlung statt. Referent ist Stadtrat Gen. F. B. H. Wir bitten die Genossen, eine rege Agitation zu entfalten, um einen guten Besuch sicherzustellen. Ermüht wäre, die wahlberechtigten Frauen in die Versammlung mitzubringen.

Betriebsräte- und Vertrauensmänner-Versammlung Mittwoch, 15. ds. Mts., abends präzis 5 Uhr, im „Eleanoren“-Saal. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Gemeindevahlen. 2. Die Scheidemann-Versammlung. Genossinnen und Genossen erscheinen pünktlich!

Das Personalräte-Gesetz P.M. Nach dem am 8. August 1922 in Kraft getretenen Personalräte-Gesetz vom 15. Juli 1922 erhalten Reichsangehörige, die durch den letzten Krieg innerhalb oder außerhalb des Reichsgebiets Schädigungen an Leib oder Leben erlitten haben und nicht zu den nach dem Reichsverfassungsgesetz vom 12. Mai 1920 berechnungsberechtigten Personen gehören, mit Wirkung vom 1. April 1920 für sich und ihre Hinterbliebenen Verlorenen nach Maßgabe der Vorschriften des Reichsverlorenen-Gesetzes und dessen Ausführungsvorschriften, soweit die Verlorenen in Personalräte-Gesetz nicht anderweitig geregelt ist.

Als durch den letzten Krieg verursacht gelten Schädigungen an Leib und Leben, die unmittelbar hervorgerufen sind durch 1. durch kriegerische Unternehmungen deutscher Verbündeter oder fremder getretener oder ungetretener Streitkräfte; 2. durch Festhaltung, Verschleppung, Verhaftung oder sonstige Gewalttaten, durch die infolge von solchen Gewalttaten sowie durch die in § 2 des Verlorenen-Gesetzes aufgeführten Handlungen, soweit diese schädigenden Ereignisse auf Maßnahmen feindlicher Behörden oder auf die Verletzung durch solche oder feindliche Streitkräfte oder einzelne Angehörige dieser zurückzuführen sind;

3. durch von deutschen Behörden amtlich für unmittelbare Zwecke der Kriegsführung verwandte Zivilpersonen während der Ausführung ihrer Dienste, gleichwohl ob sie selbst oder Dritte den Schäden erlitten haben; gleiches gilt zugunsten der bezeichneten Zivilpersonen, sofern sie bei Ausführung ihrer Dienste von Dritten geschädigt wurden;

4. durch die in Nr. 2 bezeichneten schädigenden Ereignisse, soweit sie außerhalb des Reichsgebiets von fremden Behörden, behördenähnlichen Organisationen oder Verbänden, von geregelten oder unregulierten Streitkräften oder einzelnen solchen angehörenden oder sonstigen Einzelpersonen im Laufe politischer, mit dem Kriege im Zusammenhang stehender Wirren veranlaßt worden sind.

Mit Genehmigung der Reichsregierung kann die Verlorenen-Gesetz auch solchen Zivilpersonen gewährt werden, welche die Reichsangehörigkeit nicht besitzen.

Der Anspruch auf Verlorenen ist zur Vermeidung des Ausschlusses innerhalb von sechs Monaten bei dem zuständigen Verlorenenamt anzumelden. Die Frist beginnt mit dem Tode, an dem der Beschädigte von dem Schaden oder der Hinterbliebenen von dem Tode des Beschädigten in gesetzlicher Weise Kenntnis erlangt hat, frühestens aber mit dem Inkrafttreten des Verlorenen-Gesetzes, d. h. am 8. August 1922. Als Anmeldung gilt ein vor dem Inkrafttreten des Verlorenen-Gesetzes bei einer amtlichen Stelle bereits gestellter Antrag auf Bewilligung von Vorschüssen.

## Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Alfred, alt 8 Jahre, Vater Emil August Eißner, Ingenieur. Hermann, alt 5 Monate 25 Tage, Vater Friedrich Venz, Werkführer. Josef Alh, Pflanzmacher, Witwer, alt 77 Jahre. Heinz, alt 3 Monate 9 Tage, Vater Heinrich Deitrich, Schreiner.

Verdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbener. Montag, 13. November 1922. 2 Uhr: Josef Alh, Pflanzmacher, Scherzstraße 2. — 3 Uhr: Alfred Eißner, Schüler, Döngelsstr. 11.

Achtung! Betriebsräte! Die Organisationsleiter, Vertrauensleute und Betriebsräte werden dringend gebeten, die ausgegebenen Einzeichnungslisten zur Beteiligung an den Fortbildungs- und Betriebsräte...

Berufung der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Heute Montag, gleich nach Schluß der Arbeitszeit findet im "Elefanten" eine wichtige Mitgliederversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter statt.

Verbandsrat der Hausangestellten Deutschlands. Auf die am Dienstag abends 8 Uhr in der Stadt. P. A. M. e. Halle gegenüber der Festhalle stattfindende Versammlung der Hausangestellten, Monate, Wäsche- und Putzfrauen, werden wir aufmerksam gemacht.

Fußball, Freizeitspiele. F. C. Freiburg - P. S. Karlsruhe 4:2; Sp. A. Freiburg - Vf. B. Karlsruhe 2:0; F. C. Mühlburg - F. U. Forstheim 1:2; Karlsruher F. C. - Germania Brühl 1:1.

Forstheim - Germania Karlsruhe 0:2; Birkenfeld - Germania Durlach 0:3.

Die Lebensmittel-Versorgung und die Hausfrauen

Dieses Thema wird in einer am Dienstag, 14. Nov., abends 8 Uhr, im Rathhausaal stattfindenden öffentl. Frauen-Versammlung besprochen werden.

Landesbühnen. Wegen des Andrangs zum Sonderabonnement für den "Ring" kann der Verkauf für die einzelnen Vorstellungen erst am Mittwoch, 15. Nov., beginnen.

Valuta-Bericht vom 13. November

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 0,06% Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 8200 M. per holl. Gulden.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 13. November

Vorausichtige Witterung: Meist heiter, trocken, Nachfröste, am Tage kühl bis mäßig mild, nordöstliche Winde.

Schriftleitung Georg Schöflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Abhandlungen und Briefe Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtsachting und Feuilleton Herrm. Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefachliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Wie zu 4 Seiten Vereinsanzeiger. Bei 5 und mehr Seiten Nr. 33. - Die Zeile (Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme). Karlsruhe. (Freie Turnerschaft, Abteilung Weiskopf). Morgen abend nach der Turnhunde Abteilungsverammlung im Lokal "Unter den Linden", Ecke Dorfstraße und Kaiserallee. Der wichtigen Tagesordnung wegen wird vollständige Beteiligung erbeten.

Bruchhausen. (Sozialdem.-Verein.) Am Mittwoch, den 15. November 1923, abends 1/8 Uhr Mitgliederversammlung im Gasthaus zum Grünen Baum. [1923

Versicherung der Wäsche gegen Verlust!

Die Wäsche ist heute für jedermann ein kostbares Gut. Neuanschaffungen sind infolge der hohen Preise fast unmöglich geworden. Einbruch-Diebstähle sind an der Tagesordnung. Viele Verlustfälle entstehen, wie der bekannte letzte große Diebstahl in Mühlburg beweist, während der Zeit, in welcher sich die Wäsche in der Reinigung befindet. Eine Entschädigung in genügender Höhe konnte bis jetzt von den Wäschereien nicht erfolgen, da in die Reinigungspreise, die im Verhältnis zu den Kosten für die neue Wäsche viel zu niedrig sind, ein diesbezüglicher Sicherheitszuschlag nicht eingerechnet werden konnte.

Qualitätsraucher bevorzugen stets BATSCHARI CIGARETTEN. Logo with letters A, B, C in a triangle. 100 PHOENIX

Offenburg. Warenhaus Steinberg & Co.

Kaufhaus Spinner. Liefert alle Artikel des tgl. Bedarfs.

Garngrosshandlung Kaufhaus Wörter. Spezialhaus für Stickgarn Kurz-, Weiss- u. Wollwaren.

Email- und Metall-Reklame-Plakate. Aetz- u. Emaillewerke G. Robert Dold Offenburg.

Walter Clauss Leinweberei und Bleicherei. Gesellschaft mit beschr. Haftung. Spinnerei und Weberei Offenburg.

Henco & Co. Oelfabrik und Raffinerie. Trinkt Armbruster-Bier Böhringer & Reuss Offenburg.

Franz Meyer Nähmaschinen, Fahrräder, Zentrifugen, Reparaturwerkstätte. Kaufhaus Weiher. Grosse Auswahl in Haus- und Küchen-Einrichtungen - Massige Preise.

Reserviert für Firma J. Jenewein & Co., Offenburg. B. Stern, Offenburg Schuhwarenhaus. Vorteilhafte Bezugsquelle beim Einkauf von guten und preiswerten Schuhwaren.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Erste Rastatter Herdfabrik Unkel, Wolff & Zwiffelhofer, Rastatt (Baden) Kohlenherde und kombinierte Herde.

Gaggenau (Murgtal). Schuhwaren. Mass- und Reparaturwerkstätte. Schuhhaus J. Schmitt.

Badische Maschinenfabrik Durlach. Giessereimaschinen, Gerbereimaschinen, Zündholzmaschinen.

Table with exchange rates for Karlsruhe, Ettlingen, and Holzhof. Columns include location, date, and various numerical values.

Wein- und Edelobst-Brennerei Badenia G. m. b. H.

A. Rheinboldt Manufaktur- u. Modewaren.

Fritz Schoel Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung.

Gebr. Tannhäuser - Fischmarkt 1 Herren- und Knaben-Bekleidung. Carl Mayer Ww., Felde Herrenschneiderei Herren-Mode-Artikel.

Hauser & Levi Spezialhaus für Manufakturwaren und Damen-Konfektion.

Herren-u. Knabenkonfektion Jacob Maier.

Gustav Fritsch - Hauptstr. 45 Herren- und Damen-Schneiderei.

Rosenstrasse 2 Gebr. Kahn, Manufakturwaren engros Verkauf nur an Wiederverkäufer. Herren-Artikel Hüte, Mützen. Karl Kimmert Inh.: Ludwig Heß.

Gebr. Bloch Nachfolger Manufakturwaren: Haupt, Ecke Ritterstraße.

Schuh-Haus Leo Haberer & Co., Hauptstraße 80, neben Einhorn-Apotheke Bekanntes Haus für gute Waren.

Friedrich Bauhoff Manufakturwaren Hauptstrasse 35.

Rastatt Vereinsbank Rastatt e. G. m. b. H. Poststraße 4. Telefon 1. Brauerei C. Franz G. m. b. H. empfiehlt ihre vorzüglichen Biere. Wilhelm Stierien Maschinen- und Metallwarenfabrik.

Badische Polierscheiben- und Putzwoll-Fabrik Rastatt. Gröner & Bloch. Tel. 85.

Gebr. Blechner, Nachf. Manufakturwaren: Herren- und Damenkonfektion: Berufskleidung.

REINHARD ERTEL Erstes Herren-Reise- und Sport-Artikel-Spezialhaus.

Anton Matheis (Inh.: Aug. Matheis) Kaiserstr. 35. Schuhwaren geg. 1882.

S. Weil & Söhne Schuhfabriken Rastatt.

P. M. Gräfinger Manufakturwaren aller Art Damen-, Kinder- und Herren-Konfektion.

G. Ertel Weiss-, Woll-, Strumpfwaren Kinderwische, Pelzkragen.

Richard Baer, Rastatt Lumpen- und Papiersortieranstalt Einkauf von Lumpen- und Papierabfällen.

Carl Frick Kaufhaus Inh.: W. Zabler, Rastatt Wäsche, Kurz- und Wollwaren. Karl Stutz.

Bühl i. B. Kauffmann & Wagner Kupferschmiede u. Aparatenbau Bühl (Baden). Telefon 155.

J. Bierig & Rosenfeld, Bühl i. B. Rohproduktion, Papiergrosshandlung. Tel. 50 für Büro u. Lager, Poststr. 5, Steinstr. 11 u. 19.

Wolf Netter & Jacobi, Bühl (Baden) Eisen und Metalle: Maschinenfabrik und Eisenglosserei. Polier-Adress: Metallnetter Bühladen - Fernruf 61 u. 248.

Kath. Maier Stärke-, Klebstoff- u. Pflanzenleim-Fabrik Altschweier - Bühl i. B.

Fabrik Stolzenberg Deutsche Bureau-Einrichtungs-Gesellschaft m. b. H. Oos - Baden.

### Bereinigte Sozialdemokr. Partei Karlsruhe.

Am Freitag, den 17. November 1922,  
abends 8 Uhr, spricht im geheizten  
großen Festhalleaal

## Philipp Scheidemann

Reichstagsabgeordneter und Oberbürgermeister  
aus Kassel über:

### Die bevorstehenden Gemeindewahlen

Hierzu ist Jedermann freundlichst eingeladen.  
Eintritt M 10 einschl. M 3 städt. Einlaßgebühr.

Der Vorstand.

### Frauen-Sektion der „Bereinigten Sozialdemo- kratischen Partei“ Karlsruhe

Am Dienstag, den 14. November 1922,  
abends 8 Uhr, im großen Rathausaal

### Öffentlicher Vortrag

#### Die Lebensmittelversorgung und die Hausfrauen

Es sprechen: Genossin Luise Müller,  
Vorstande der sozialdemokratischen Frauen-  
sektion und Genosse Stadtrat S. Jung  
Hierzu sind alle Hausfrauen und erwachsenen  
weiblichen Personen freundlichst eingeladen. Der  
Eintritt ist frei. Der Vorstand

### Bereinigte Sozialdemokr. Partei Karlsruhe

(Bezirk Mühlburg).

### Wählerinnen u. Wähler zu den Gemeinde- wahlen!

Dienstag den 14. November im Gasthaus  
zum „Hirsch“, Mühlburg, Hardtstraße,  
öffentliche

### Wähler-Versammlung

Referenten sind der Genosse Stadtrat Karl  
Fischer und die Genossin Landtagsabgeord-  
nete und Stadträtin Kunigunde Fischer.  
Thema:

### Die Sozialdemokratie in Staat u. Gemeinde

Referent: Karl Fischer.

### Die Tätigkeit der Frau im Fürsorgewesen

Referentin: Genossin Kunigunde Fischer.  
Wahlberechtigte beiderlei Geschlechts! Auf  
in die Versammlung. Die Parteifunktionäre  
ersuchen wir, bei allen Anlässen eine rege Pro-  
paganda für diese Versammlung zu entfalten.  
5594 Die Bezirksleitung.

### Grund- u. Hausbesitzer- Verein.

Am Mittwoch, den 13. November, und am  
Freitag, den 15. November, abends 8 Uhr, fin-  
den im Saale des Colosseums, Waldstr. 16/18,

### Mitglieder-Versammlungen

und zwar Mittwoch für die Mitglieder östlich  
der Karlstraße und Freitag für die Mitglieder  
westlich der Karlstraße, statt. 5591

### Erklärung der Berechnung der geschätzten Miete.

Hierzu laden wir unsere Mitglieder erge-  
benst ein.  
Der Vorstand.  
E. Deines.

### „Goldener Ochsen“

Kaiserstraße Nr. 91.

### Mittagessen

in und außer Abonnement. 5583

Prima spanische Weine  
ff. Schrempf-Biere.

Habe mich hier, Amalienstr. 44, als  
**Zahnarzt**  
niedergelassen.

### Dr. med. dent. Robert Weill

Sprechstunden:  
Wochentags von 9-12 und 1/3-1/6 Uhr  
Samstag nachmittags keine. 5585

### Bad'sches Landestheater.

Montag, d. 13. November, 6 1/2 bis 10 Uhr. M. 200.—  
Volkstheater L 2  
**Wilhelm Tell.**

### Karlsruher Lebensversicherungsbank A.-G.

Geschäftsgebiet: Deutsches Reich.  
Günstiges Prämiensystem für hohe  
Versicherungen.  
Versicherung ohne Untersuchung. 5592

### Schlupfer, Ulster, Glozer, Jähringerstr. 53 a.

Reizlicher, Krüge, Hosen und  
Schuhe aller Art. (Gelegenheits-  
käufe) tauchen Sie noch sehr preiswert bei  
Lieferung

### In 30 Minuten Ihre Passbild

nur im Photogr. Atelier  
Kaiserstr. 50, Eing. Adlerstr.

**Dienstag**  
von 10 bis 5 Uhr werden  
**Gebisse** gekauft,  
zahlte für **Zahn**  
den **450 u. 500 M.**  
gegenüber d. Hauptpost.  
**H. Weinek.** 5587

### Geschäftshaus

mit Laden oder Werkstatt,  
auch Haus wo solche ein-  
gebaut werden können,  
sofort gesucht. 5589

**W. Quam, Herrenstr. 38.**

### Schuhwaren

aller Art (Gelegenheits-  
käufe) offeriert billigst

**An- und Verkauf-  
Geschäft Glotzer,**  
Zähringerstrasse 53 a.  
21 Schuhweilerauber aus  
rotem Fingerring Sand-  
stein laubert scharriert  
(0,510, 611, 08 m)  
8 aufgehobene Fäden,  
42malig, 5000kg Trag-  
kraft werden verkauft durch  
das Städt. Hochbauamt  
Karlsruhe, Leopoldstraße  
10-12. 5113

### Druckdragen

aller Art  
Lieferung  
Bühnenstr. 24.

## Jhre sämtliche Wäsche ist gegen Einbruch - Diebstahl oder sonstiges Abhandenkommen versichert

wenn Sie solche bearbeiten lassen bei

# Waschanstalt Schorpp

Annahme-Stellen in allen Stadtteilen

### Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher An-  
teilnahme anlässlich des Todes meines  
lieben Vaters, unseres guten Vaters

### August Ringwald

sagen wir allen herzlich Dank: ins-  
besondere Herrn Dr. Weill für seine kol-  
reichen Worte, seinen Begleitern und  
Mitarbeiter, sowie Gemeinde- u. Staats-  
arbeitern für die Kranzüberbringung.  
Karlsruhe, 11. November 1922.  
Lina Ringwald, Ernst Rucher,  
Lina Bäuerle.

### Statistischer Anzeiger. Einladung.

Die Mitglieder des Bürgerausschusses werden zu  
einer Sitzung am  
**Mittwoch, den 15. Nov., nachmittags 6 Uhr,**  
in den großen Rathausaal eingeladen.

**Tagesordnung:**

1. Gebühren für das Bestattungswesen.
2. Erhöhung der Preise für Gas und elektrischen Strom.
3. Aufhebung des Wasserzinses.
4. Erhöhung der Schwemmgeldern.
5. Erhöhung der Schlachthausgebühren.
6. Änderung der städt. Befoldungsordnung vom 12. April 1920 und der Befoldungsordnung vom 30. Juli 1920.
7. Erhöhung des Gehalts der Gemeinde-  
räte.
8. Änderung der Gemeindefassung über die  
Kriegsgelder und die Reifeleistungsschädi-  
gung der Mitglieder des Gemeinderats  
und der Gemeindebeamten.
9. Erhöhung der Ruhegehaltsbezüge der städt.  
Ruhegehaltsempfängerinnen.
10. Abtragung der Milch-Walutaschulden in der  
Schweiz.
11. Kaufvertragsnachtrag zwischen der Stadt-  
gemeinde und der Firma Drehfuß u. Citi-  
linger hier.
12. Kaufvertrag zwischen der Stadtgemeinde  
Mahlatt und Herrn Fabrikant Albert Wil-  
ber hier.
13. Erwerbung zweier Hausgrundstücke im  
Friedrichsring.
14. Grundstücksverwertung.
15. Erwerbung der linken Sehmauerlaserne.
16. Verkauf des Wirtschaftsgeländes III der  
ehemaligen Partigraf Ludwig-Wilhelm-  
Kaserne.
17. Verkauf von Grundstücken.
18. Abhörbescheide zur Gemeinderrechnung der  
Stadt Rastatt für die Jahre 1917 und 1918.
19. Verkündung der Rechnungen der Stadtkasse  
und deren Nebenstellen für die Jahre  
1919/20 und 1920/21.
20. Beschluß des gemischten beschließenden  
Ausschusses.
21. Dienstvertrag mit Herrn Bürgermeister  
Kerner.

Rastatt, den 10. November 1922. 3108  
Bürgermeisteramt,  
Kerner. Keller.

### KEINE KUNWEGE ERLENDE MEHR!

## „Tacho“ Schnellwaage

durch Besichtigung zu über-  
zeugen. Die Waage ist Kaiser-  
straße 172 (Spedition Hoch-  
häuser) ausgestellt und wird  
auf Wunsch unverbindlich vor-  
geführt. 5587

### Durlacher Anzeigen.

Der gemischte beschließende Ausschuss hat mit  
Wirkung vom 1. Oktober ds. J. ab die § 9, 15 und  
16 der städt. Wasserbezugsordnung wie folgt geändert:

§ 9.  
Der Wassergang ist zu vergraben:  
15.— M. je obm für die Stadtleitung,  
32.— M. je obm für die Turmbergleitung.

§ 15.  
Für zu Bauzwecken bestimmtes Wasser wird be-  
rechnet:  
a) für unterirdische Bauteile, Gruben, Keller,  
Fundamente usw. vom qm Baufläche 4.— M.  
b) für jeden Stock (Kranzflächen werden als ein  
Stock gerechnet) vom qm Baufläche 4.— M.  
c) für Wasser zu Bauzwecken nach dem Wasser-  
meter pro obm 15.— M.

§ 16.  
Für Wasser zu bürübergenden Zwecken:  
Erschließung, Karaffeln usw. wird berechnet  
pro obm 18.— M.

Durlach, den 6. November 1922. 3111  
Der Oberbürgermeister.

Bei der am 10. November ds. J. stattgehab-  
ten Wahl wurde  
Geh. Regierungsrat Max Soeller  
für zum 1. (Ober-)Bürgermeister der Stadt  
Durlach gewählt. Die Wahlberhandlungen  
liegen während einer Woche, vom Tage des  
Ergebnisses des diese Bekanntgabe enthaltenden  
Wattes an gerechnet, im Rathaus, Zimmer  
Nr. 6, öffentlich auf. Innerhalb dieser Frist  
kann die Wahl vom Stadtrat und von jedem  
Wahlberechtigten wegen Verletzung der gesetz-  
lichen Vorschriften beim Oberbürgermeister  
oder bei der Staatsanwaltschaft (Landes-  
kommissar in Karlsruhe) schriftlich oder münd-  
lich zur Niederschrift mit sofortiger Bezeichnung  
der Beweismittel angefochten werden (§ 41  
Abs. 1 und 2 der Gemeindeordnung und § 26  
der Gemeindeabahlordnung). 3114  
Durlach, den 11. November 1922.  
Der Oberbürgermeister.

### Kinder-, Kranken- und Altersversorgung.

Mit dem 1. Oktober ds. J. ist die Zumei-  
nung von Krankenmehl in Wegfall gekommen.  
Unser kleiner Vorratbestand ist somit auf-  
gebraucht, daß wir Zwieback und Krankenmehl-  
arten nur noch auf die Brotmehlmühle Nr. 6  
ausgeben können, soweit die Bezugsberechtigten  
nicht schon für die Gültigkeitsdauer dieser  
Brotmühle die ihnen zustehenden Zwieback-  
und Krankenmehlarten erhalten haben.  
Die im Besitz von Zwieback- und Kranken-  
mehlarten befindlichen Bezugsberechtigten  
können Krankenmehl und Zwieback, soweit sol-  
cher bei der derzeitigen Wirtschaftslage in bio-  
logischen Päckchen noch hergestellt werden kann,  
bestellen. Soweit Zwieback nicht erhältlich ist,  
geräten die Zwiebackarten für den Bezug von  
Krankenmehl. Der Verkaufspreis beträgt  
für ein Pfund Zwieback 150 M.  
für ein Pfund Krankenmehl 80 M.

Durlach, den 10. November 1922. 3115  
Kommunal-Verband Durlach-Stadt.

### Bruchsaler Anzeigen.

### Sozialdemokr. Partei Bruchsal.

Dienstag, den 14. November, abends 8 Uhr,  
im großen Saale zur „Fortuna“ öffentliche

### Wähler-Versammlung.

Tagesordnung:  
Die Gemeinde-, Kreis- und Bezirksrats-  
wahlen.

Es sprechen die Herren:  
Dr. Engler, Arbeitsminister, Karlsruhe  
S. Reichel, St. Stadtrat, Bruchsal  
W. Stalder, Bezirksrat, Bruchsal.  
Männer und Frauen, insbesondere die Wähler-  
innen und Wähler sind freundlichst eingeladen.  
Wählerinnen und Wähler erscheint in Wallen.  
1929] Der Vorstand.

### Offenburger Anzeigen.

Erhöhung der Bagagegebühren und der  
Schlachgebühren in Offenburg betr.

Die neuen Taxen sind durch Anschlag an der Rat-  
hausstafel bekanntgegeben.

Offenburg, den 9. November 1922. 3109  
Der Stadtrat.

### Die Ausgabe der Brot- und Milchkarten

findet statt gegen Vorzeigung der Ausweis-  
karten im Saale der Alten Pfalz, Hauptstraße 102,  
II. Stock, jeweils von 8-12 Uhr und 2-6 Uhr:

Montag, den 13. ds. Ms.,  
Ausweis Nr. 1-1400  
Dienstag, den 14. ds. Ms.,  
Ausweis Nr. 1401-2800  
Mittwoch, den 15. ds. Ms.,  
Ausweis Nr. 2801-4000  
Donnerstag, den 16. ds. Ms.,  
Ausweis Nr. 4001 bis Schluß.

Die Reihenfolge soll zunächst eingehalten  
werden. Alle Karten sind bei der Empfangs-  
nahme nachzuzählen. Nach Verlassen der Aus-  
gabestelle kann kein Ersatz für fehlende Karten  
geleistet werden; ebenso werden verlorene oder  
sonst abhanden gekommene Karten nicht mehr  
erfüllt. 3110

Die Restkarten sind nur während des aufge-  
brachten Zeitraumes gültig. Die Milchkarten  
müssen sofort, mit dem Namen des Bezugsbe-  
rechtigten versehen, an die Milchverkaufsstelle  
abgegeben werden.  
An den obengenannten Ausgabestellen bleibt  
die Kartenliste geschlossen.  
Offenburg, den 11. November 1922.  
Kommunalverband Offenburg-Stadt.